

# SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

## LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

in dieser politisch hoch spannenden Vorweihnachtszeit möchten wir die Südwestgrün-Tradition fortsetzen. Leider gibt es für uns als gerade auf 13 Köpfe angewachsene Landesgruppe einen Wermutstropfen. Mit Gerhard Schick wird uns jetzt ein langjähriger wichtiger Mitstreiter aus Landesgruppe und Fraktion verlassen, um sich ganz seinem neuen Projekt Finanzwende zu widmen. Ein Verlust, den wir nicht so einfach wegstecken werden. Kein zweiter kennt sich mit Finanzkrisen und dunklen Steuertricks wie Cum-Ex so gut aus wie Gerhard. Niemand anderer streitet derart entschlossen für die Regulierung der Finanzmärkte.



Die Hauptsache ist aber, dass Gerhard ja nicht aufgibt, sondern im Gegenteil außerparlamentarisch noch stärker sein Ziel verfolgen wird. Dafür wünschen wir Gerhard größtmöglichen Erfolg, setzen auf weiterhin gute Zusammenarbeit und freuen uns auf Gerhard Zickenheimer, der für ihn in den Bundestag nachrücken wird.

Auf Bundesebene dürften überstürzte Neuwahlen nach der Wahl von Angela Merkels Wunschkandidatin Annegret Kramp-Karrenbauer vorerst vom Tisch sein. Wie auch immer die Dinge sich in Berlin entwickeln, werden uns in Baden-Württemberg 2019 mindestens zwei Wahlen beschäftigen: die Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai. Wir werden alles daran setzen, die aktuelle hohe Zustimmung für grüne Politik in entsprechende Wahlergebnisse zu überführen!

Als Landesgruppe tauschen wir uns regelmäßig untereinander, aber auch mit unserem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und anderen gesellschaftspolitischen Akteuren aus Baden-Württemberg aus. Das Wichtigste, auch für die große Wertschätzung unserer grünen Politik, ist und bleibt aber unsere inhaltliche Sach- und Facharbeit in allen politischen Themenfeldern, von der wir euch in guter Südwestgrün-Tradition berichten wollen. Dabei denken wir auch über eine zeitgemäße Anpassung des Formats nach. Feedback dazu nehmen wir dankbar entgegen! Was gefällt euch an Südwestgrün? Was sollen wir wie anders und besser machen?

Eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit wünscht

**KERSTIN ANDREAE**

Fachkräfte für den  
Arbeitsmarkt von morgen **2**

**DANYAL BAYAZ**

Digitalsteuer und Innovation **4**

**FRANZISKA BRANTNER**

Europäischer Zusammenhalt **6**

**AGNIESZKA BRUGGER**

Abrüstung statt  
Eskalationsspirale **8**

**ANNA CHRISTMANN**

Künstliche Intelligenz **10**

**HARALD EBNER**

Stillstand auf dem Acker **12**

**MATTHIAS GASTEL**

Deutschland-Takt,  
Elektro-Kleinstfahrzeuge **14**

**SYLVIA KOTTING-UHL**

Radikale Umweltpolitik **16**

**CHRIS KÜHN**

GroKo hat Wohnungspolitik  
nicht verstanden **18**

**BEATE MÜLLER-GEMMEKE**

Brückenteilzeit, Teilhabechancen  
und Grundsicherung **20**

**CEM ÖZDEMİR**

Verkehrswende gestalten **22**

**GERHARD SCHICK**

Für eine Wirtschaft,  
die den Menschen dient **24**

**MARGIT STUMPP**

Gute Bildungschancen für alle **26**



# KERSTIN ANDRAE

SPRECHERIN FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK

WWW.KERSTIN-ANDRAE.DE

Tel. 030 / 227- 71480, Fax 030 / 227- 76481, kerstin.andrae@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rehlingstr. 16a, 79100 Freiburg

Tel. 0761 / 888 67 13, Fax 0761 / 888 67 14, kerstin.andrae.ma04@wk.bundestag.de

## FACHKRÄFTE FÜR DEN ARBEITSMARKT VON MORGEN

**F**achkräfte für den Arbeitsmarkt von morgen  
Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Wir brauchen gut ausgebildete und top qualifizierte Fachkräfte – heute und morgen. Deren Know-How ist die entscheidende Ressource für die Wertschöpfung vor Ort. Der demografische Wandel wird die Knappheit von Fachkräften verstärken und neue Anforderungen an die Berufe der Zukunft stellen. Die Digitalisierung wird den Arbeitsmarkt der Zukunft stark verändern. Parallel stellt der notwendige ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, wie die Mobilitätswende oder der Ausstieg aus der Kohle, eine erhebliche Herausforderung für die Sicherung von guten Arbeitsplätzen und passgenauen Qualifizierungen dar. Diese Herausforderungen sind aber auch große Chancen. Hier gilt es Talente zu entdecken und zu fördern und somit Beschäftigte in diesem Transformationsprozess zu begleiten. Darüber hinaus werden wir als Wirtschaftsstandort auch darauf angewiesen sein, für Fachkräfte aus dem Ausland weiter an Attraktivität zu gewinnen.

## DER HANDLUNGSDRUCK STEIGT

Fachkräfteengpässe sind schon heute spürbar. Experten rechnen für Deutschland mit einer Fachkräftelücke von etwa drei Millionen, ohne Zuwanderung und bei unveränderter Erwerbsbeteiligung sogar von ca. 6,3 Millionen Menschen bis 2030 (IAB 2018). Die zunehmenden Engpässe in technischen, in Bau- sowie Gesundheits- und Pflegeberufen zeigen, dass jetzt gehandelt werden muss. Gemeldete offene Stellen bleiben immer länger vakant. Vor besonderen Herausforderungen stehen dabei heute schon kleine und mittlere Unternehmen und zwar sowohl bei der Gewinnung von Fach- und Führungskräften, bei der Besetzung von Ausbildungs-

stellen als auch bei der Unternehmensnachfolge. Das ist ein großes Risiko für Wohlstand und Wachstum.

## TALENTE ENTDECKEN UND FÖRDERN – DAS POTENZIAL IST BEREITS DA

Heute schon an die Herausforderungen der Zukunft zu denken, bedeutet vor allem auch die inländischen Potenziale stärker zu nutzen und zu fördern. Um Beschäftigte in dieser Transformation zu begleiten, müssen wir mehr Chancen schaffen insbesondere durch eine verbesserte Arbeits- und Weiterbildungsvermittlung und einer zielgenauen Arbeits- und Bildungsförderung. Sowohl Arbeitslose als auch Erwerbstätige brauchen gute, passgenaue und individuelle Unterstützungsangebote. Zukunftsgerichtete Weiterbildung muss Beschäftigten schon während des Jobs und damit möglichst betriebsnah die Möglichkeit bieten sich auf die beruflichen Anforderungen von Morgen vorzubereiten. Zukünftige Weiterbildungsprogramme müssen mit den Anforderungen der Arbeitgeber und den Bedürfnissen der Beschäftigten gleichermaßen besser vereinbar sein.

## GETEILTE VERANTWORTUNG

Diese Aufgabe kann nur in Zusammenarbeit von Unternehmen, Beschäftigten und Politik bewältigt werden. Zuerst sind es die Unternehmen, die sich dieser Herausforderung aktiv stellen müssen. Das bedeutet die Verantwortung in die eigenen Beschäftigten zu investieren, für Zukunftsberufe zu qualifizieren und dabei gezielt die Talente der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erkennen und zu fördern. Es ist daher auch eine Herausforderung, die sich an die Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtet, Chancen für Qualifizierungen und berufliche Neuausrichtungen anzunehmen. Gleichzeitig bedeutet es auch eine Herausforderung für die Politik, z.B. mit Beratung und Förderung günstige Rahmenbedingungen zu schaffen.

# FACHKRÄFTE

## FÜR DEN ARBEITSMARKT VON MORGEN



### **DIE UNTERSTÜTZEN, DIE INITIATIVE ZEIGEN**

Wenn Unternehmen ihre Verantwortung ernst nehmen und gezielte Maßnahmen zur Bewältigung des Fachkräftemangels angehen, gilt es dies zu unterstützen. Viele Unternehmen haben Engagement bewiesen und einer hohen Zahl an Geflüchteten die Chance auf Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt geboten. Damit haben sie gleichzeitig dem eigenen Mangel an Fachkräften und Auszubildenden begegnen können. Dieser wichtige Beitrag zur Integration droht, durch fehlende notwendige politische Rahmenbedingungen, die der aktuellen Situation gerecht werden, konterkariert zu werden. Viele kleine und mittlere Unternehmen fordern deshalb Bleiberechte und Rechtssicherheit für Geflüchtete mit festem Arbeit- oder Ausbildungsplatz. Es ist höchste Zeit geeignete Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration zu schaffen.

### **WER SICH ENGAGIERT, HAT RECHTSSICHERHEIT VERDIENT**

Auch die Vorschläge für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz sind keine Lösung für die wirklich drängenden Probleme und Fragen derer, die sich der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Integration mit viel Engagement bereits angenommen haben. Geflüchtete, die Integrationswillen zeigen und ihren Beitrag für die Gesamtgesellschaft leisten werden abgeschoben. Die Wirtschaft und die betroffenen Menschen brauchen eine Lösung. Wir Grünen haben deshalb einen Vorschlag vorgelegt, der ein wirksames Bleiberecht für Geflüchtete in Arbeit und Ausbildung ermöglicht. Die bisherigen Regeln sind praxisfern und kompliziert, in der Folge werden sie kaum angewendet. Wir fordern daher ganz konkret die Hürden für ein Bleiberecht abzusenken und anwendungstauglich zu machen. Beispielsweise wollen wir die Zeit verkürzen, die ein Mensch mit Duldung in Deutschland und in Arbeit verbracht haben muss, um für ein

rechtssicheres Bleiberecht überhaupt in Frage zu kommen. Das bietet dann Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven für beide Seiten. Sowohl für die Geflüchteten in den Betrieben, als auch für die Betriebe selbst, die in ihre Mitarbeiter investieren.

Menschen zusammenbringen – Unternehmen bei der Suche nach Fachkräften unterstützen

Darüber hinaus kann auch ein modernes Einwanderungsgesetz dazu beitragen, den Bedarf an Fachkräften und Auszubildenden in Deutschland auch in Zukunft zu decken und einwanderungswilligen Menschen auch Perspektiven jenseits des Asylsystems zu bieten. Dabei muss sichergestellt werden, dass besonders für kleine und mittelständische Unternehmen die Suche nach ausländischen Fachkräften vereinfacht wird. Hier ist eine Talentkarte sinnvoll, die potenzielle Einwandernde mit günstigen Integrationsvoraussetzungen ermittelt und diesen die Möglichkeit zur Arbeitsplatzsuche vor Ort bietet.

### **JEDES TALENT ZÄHLT**

Die Herausforderung ist groß. Wir müssen junge Menschen für die Berufsbilder der Zukunft vorbereiten. Wir müssen Weiterbildung stärken und Erwerbstätige in die Jobs der Zukunft mitnehmen. Wir müssen aber auch verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit entgegen treten und diesen Menschen eine Perspektive bieten. Und auch die engagierten Menschen in unserem Land, die täglich unter Beweis stellen, dass Integration durch gemeinsames Engagement Realität werden kann, müssen wir stärker wertschätzen und unterstützen. In Zeiten von Fachkräfteengpässen und angesichts des demografischen Wandels können wir es uns auch gar nicht länger leisten die Talente und Potenziale dieser Menschen ungenutzt zu lassen.



# DR. DANYAL BAYAZ

STARTUP-BEAUFTRAGTER

WWW.DANYAL.EU

Tel. 030 / 227-77247, Fax 030 / 227-70247, danyal.bayaz@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Schlossstraße 4, 68723 Schwetzingen  
Tel. 07251 / 327 62 77, danyal.bayaz.wk@bundestag.de

## HAUSHALT 2019

### DIGITALSTEUER UND INNOVATION

**K**oalitionskrisen prägten das Jahr 2018. Die Bundesregierung war vor allem mit sich selbst beschäftigt statt die großen Themen anzugehen: Klimaschutz, Digitalisierung, Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Zukunft der Europäischen Union. Wir Grüne haben klare Positionen vertreten und dennoch auch immer Kompromissbereitschaft gezeigt, um ans Ziel zu kommen. Auch deswegen, so finde ich, stehen wir aktuell gut da. Die Leute scheinen diesen Stil, der klare Haltung und Sachlichkeit verbindet, zu schätzen.

### HAUSHALTSBERATUNG UND FORUM RECHT

Für mich persönlich waren die Verhandlungen zum Haushalt 2019 nun die zweiten Haushaltsberatungen als Abgeordneter. Für die Grünen habe ich wieder den Bereich Justiz und Verbraucherschutz verhandelt. Seit dem 01. November gibt es die Möglichkeit der Musterfeststellungsklage – ein wichtiges Signal für die vielen betrogenen Dieselfahrer. Wir finden aber, dass sie nicht wirklich dazu beiträgt, das Vertrauen der Verbraucher zu stärken. Sie ist leider ein viel zu sperriges Instrument aufgrund der sehr eng gefassten Klagebefugnis und da sie Verbrauchern nicht erlaubt, einen konkreten Schadensersatz direkt durchzusetzen. Daher kann von einer schlagkräftigen „Einer-für-alle-Klage“ nicht die Rede sein. Zweckmäßiger wäre die von uns vorgeschlagene Gruppenklage. Hier können sich sowohl Verbraucher als auch Unternehmen unabhängig zusammenschließen, um gemeinsam vor Gericht zu ziehen. Das wäre die richtige Lösung gewesen. In diesen Verhandlung zum Bundeshaushalt ging es auch um ein wichtiges Projekt in und für Baden-Württemberg: Das Forum Recht in Karlsruhe. Durch das „Forum Recht“ soll ein Kommunikations-, Informations-

und Dokumentationsforum geschaffen werden. Es soll den hohen Wert des Rechtsstaats für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft zum Ausdruck bringen und das Recht, unseren Rechtsstaat und die Geschichte des Rechts erfahrbar und begreifbar machen. Ich bin froh, dass wir es überfraktionell geschafft haben, eine Anschubfinanzierung aufs Gleis zu setzen.

### DIGITALSTEUER UND ERNEUERUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die faire Besteuerung großer Digitalkonzerne in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung spielte sowohl im Finanzausschuss als auch in der allgemeinen politischen Debatte eine wichtige Rolle. Finanzminister Scholz verschleppt und durchkreuzt schon seit Monaten eine gemeinsame deutsch-französische Position. Es gibt tatsächlich gute Gründe gegen die Digitalsteuer. Aber es braucht Handlungsdruck, um zu einer besseren, zu einer globalen Lösung zu kommen. Deshalb braucht es jetzt einen Beschluss für ein festes Datum zur Einführung einer Digitalsteuer in der EU. Sie kann dann auslaufen, sobald es eine globale Lösung gibt.

Die Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle ist kein leichtes Unterfangen, denn die Geschäftsmodelle von Amazon, Google und Facebook unterscheiden sich grundlegend. Eine faire Besteuerung der Digitalkonzerne kann es aber ermöglichen, dass wir bei der inner-europäischen Lösung des Steuerwettbewerbs mit europäischen Mindeststeuersätze und ein Weiterkommen bei der gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage vorankommen. Das wäre ein wichtiges Signal für Europa, um zu zeigen: Das gestalterische Primat liegt bei der Politik, auch und gerade in Zeiten des digitalen Kapitalismus. Einen Gastbeitrag zur Digitalsteuer von Katrin Göring-Eckardt und mir in der FAZ gibt es hier: <http://gruenlink.de/1k08>

# HAUSHALT 2019

# DIGITALSTEUER

# UND INNOVATION



Hier müssen dann weitere Initiativen folgen: Wie regulieren wir große amerikanische oder chinesische Plattformen (die zehn wertvollsten Unternehmen der Welt sind Plattformunternehmen)? Wie ermöglichen wir in einem derart konzentrierten Markt Innovationen und Wettbewerb kleinerer Unternehmen? Wie organisieren wir eine Qualifizierungsoffensive für über 40 Mio. Beschäftigte im digitalen Arbeitsmarkt? Wie stellen wir sicher, dass große Unternehmen ihrer Steuerpflicht auch nachkommen? Und wem gehören eigentlich die Daten, auf denen diese Unternehmen massenhaft sitzen? Es geht hier um nicht weniger als um ein Upgrade der sozialen Marktwirtschaft im digitalen Zeitalter.

## STARTUPS, KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND BLOCKCHAIN

Die Bundesregierung braucht dringend eine industriepolitische Strategie, um Innovationen, Startups und neue Geschäftsmodelle besser zu fördern. Die Bundesregierung listet bei ihren Digitalstrategien allerdings nur ein Sammelsurium an Vorhaben und Prüfaufträgen auf. Es ist längst an der Zeit, nicht noch mehr Gremien zu schaffen, sondern endlich zur Umsetzung zu schreiten. Wir haben Stärken bei Maschinenbau, Elektrotechnik, Mobilität, Chemische Industrie, Medizintechnik und Umwelttechnologien. Damit das so bleibt, muss die Bundesregierung ganz gezielt Forschung, Entwicklung und Ausgründungen fördern.

Beim Großthema zeigt Künstliche Intelligenz zeigt sich die ganze Misere: Drei Milliarden Euro für Künstliche Intelligenz bis 2025? Ein Bruchteil dessen, was China und die USA in die Hand nehmen. Das Thema Klimaschutz fehlt völlig in der KI Strategie – im Gegensatz zur französischen Strategie. Wir sind daher froh, dass wir Grüne immerhin in der Enquete Kommission für Künstliche Intelligenz das Thema Ökologie als einen Schwerpunkt verankern konnten.

Es fehlen zudem Ansätze, wie wir es zügig schaffen, dass neue, innovative Startups mit „KI made in Europe“ in Deutschland entstehen können. Denn es wäre schlechte Arbeitsteilung, wenn wir Europäer uns nur um ethische Standards bei künstlicher Intelligenz kümmern, während die erfolgreichen Startups aus den USA oder China kommen. Ohne gezielte Anwendung und Normensetzung werden wir unsere Werte und Ethik kaum exportieren können. Hier sollten wir mit Blick auf die Finanzierung auch neue Formen des Risikokapitals genauer in den Blick nehmen.

Konkret zum Beispiel die Finanzierung über ICOs (Initial Coin Offering) mittels der Blockchain Technologie bzw. Distributed Ledger Technologien. Aber auch hier kommt die Bundesregierung nicht voran. Ihre Blockchain-Strategie wird voraussichtlich erst im Sommer 2019 kommen, obwohl es im Koalitionsvertrag verankert ist. Dieter Janecek und ich haben die Bundesregierung daher befragt, wie weit die Planungen vorangeschritten sind. Statt konkreter Vorhaben, tauchen allerdings vor allem Formulierungen wie „noch nicht absehbar“, „nicht abschließend bewertet“ und „dauert noch an“ auf. So verspielen wir nicht nur die Vorreiterrolle bei diesem Thema, sondern drohen nach der Plattformökonomie nochmals abgehängt zu werden. Um das Thema besser zu durchdringen, haben wir als erste Fraktion ein Fachgespräch über die Potentiale von Blockchain gemacht. Es zeigte sich, dass es hohe Potentiale für den Einsatz dieser Technologie gibt, allerdings noch viel Forschung und Erprobung erfolgen muss, damit die Skalierbarkeit, Geschwindigkeit und natürlich der Stromverbrauch im Griff bekommen werden kann.

Ich wünsche Euch/Ihnen friedliche Feiertage und schon jetzt ein gutes neues Jahr 2019.



# DR. FRANZISKA BRANTNER

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN  
SPRECHERIN FÜR EUROPAPOLITIK

[WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU](http://WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU)

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, [franziska.brantner@bundestag.de](mailto:franziska.brantner@bundestag.de)

**WAHLKREISBÜRO** Bergheimerstr. 147, 69115 Heidelberg

Tel. 06221 / 914 66 20, [franziska.brantner.ma04@bundestag.de](mailto:franziska.brantner.ma04@bundestag.de)

## EUROPÄISCHER ZUSAMMENHALT

»**E**uropa ist eine Idee, die zum Gefühl werden muss« – so hat Bono, der Sänger von U2 im Sommer für den Europäischen Zusammenhalt geworben. Er spricht damit uns Grünen aus dem Herzen, denn Europa ist eine grüne Herzensangelegenheit.

Es geht dabei auch um das Gefühl, dass es gut ist zu wissen, dass wir in dieser komplizierten und verrückten Welt nicht auf uns alleine gestellt sind. Dass wir angesichts der großen Herausforderungen – Klimakrise, Digitalisierung, Migration, neue geopolitische Macht- und Interessenverschiebungen, auseinanderklaffende Vermögen und Chancen, autoritäre und nationalistische Bewegungen – nicht auf nationale Placebos zurückgreifen müssen, sondern unsere Zukunft in Europa gemeinsam gestalten können. Die nächsten Monate bis zur Europawahl werden entscheidend sein. Es reicht dabei nicht aus, den Status Quo zu verteidigen. Status Quo bedeutet heute in Europa de facto Rückschritt und Zerfall. Wir müssen aufzeigen, wo wir hin wollen!

Unsere Zukunft werden wir nur in der eigenen Hand haben, wenn wir das Europäische Versprechen erneuern und einlösen. Das geht, wenn es in Europa fairer zugeht, wenn Europa seine Bürgerinnen und Bürger stärkt und schützt und nicht Big Business. Das geht, wenn Europa endlich auf die Herausforderungen von Asyl und Migration mit Humanität und Ordnung reagiert. Das geht, wenn Europa massiv in unsere gemeinsamen europäischen öffentlichen Güter investiert, den Klimaschutz, eine europäische Digitalisierung, eine nachhaltige und moderne Mobilität, in innere und äußere Sicherheit. Das geht, wenn Europa nicht im Inneren seine eigenen Werte von Freiheit und Demokratie aufgibt.

Unser Wahlprogramm hat sich dafür sechs Prioritäten gegeben und sicher müssen wir in einzelnen Bereichen mit einigen Mitgliedsstaaten vorangehen und können nicht länger darauf hoffen, dass alle 27 mitmachen. Klar ist aber immer: die Tür ist und bleibt für alle offen.

## UNSERE NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Wir machen die Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang weitgehend brachliegen. Wir schützen Klima und Umwelt und schaffen nachhaltige Jobs. Wir machen Europa unabhängig von Gas aus Russland und dreckigem Öl aus Saudi Arabien. Und wir machen die Straßen leiser und die Luft sauberer.

## EIN FAIRES EUROPA

Wir wollen, dass es in Europa fair und gerecht zugeht. Dazu gehört, dass diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten, zu Verantwortung gezogen werden. Wenn die Diesel-Käufer auf dem Schaden sitzen bleiben anstatt, dass die Autokonzerne dafür gerade stehen; wenn für die Gier einiger Banker, die eine weltweite Krise verursacht, die Bürger, Mieter und Kleinsparer, bluten müssen, aber das Finanzsystem einfach so weiter macht – und dann auch noch CumEx kommt. Wenn die Europäische Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert, aber die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb der Länder auseinanderklaffen, dann verliert Europa an Vertrauen. Wir wollen deswegen ein Europa, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger investiert – und die Investitionen durch gemeinsame Steuern solidarisch und gerecht finanziert.

# **EUROPÄISCHER ZUSAMMENHALT**



## **BÜRGERINNEN UND BÜRGER FÜR DEMOKRATIE UND FREIHEIT STÄRKEN**

Die EU hat eine wunderbare Grundrechtecharta. Sie garantiert nicht nur die klassischen politischen Grundrechte wie Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit, sondern auch soziale und ökologische Rechte. Bis jetzt gilt sie aber nur für europäische Gesetze oder nationale zu deren Umsetzung. Wir wollen, dass die Grundrechtecharta in Zukunft für alle Gesetze gilt, also auch rein nationale! Das würde alle Bürgerinnen und Bürger Europas stärken und die Nationalstaaten in die Pflicht nehmen, ihnen diese Rechte zu garantieren.

Außerdem kann nicht sein, dass die Feinde des europäischen Rechtsstaates in der EU gestärkt werden. Jene, die sich nicht mehr an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie halten, müssen die Macht über die Vergabe der EU-Gelder verlieren. Stattdessen sollten sie dort direkt durch die EU-Kommission an Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure gezahlt werden.

## **FRIEDEN UND SICHERHEIT IN DER WELT FÖRDERN**

Frieden, Menschenrechte und das Völkerrecht sind für uns die Maßstäbe europäischer Außenpolitik. Die EU muss sich angesichts einer internationalen Staatenordnung, die sich im Umbruch befindet, neu ordnen. Die EU muss in der Lage sein, ihr politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale zu werfen und Frieden und Sicherheit zu ermöglichen. Europa kann nicht, wenn wir unsere Zukunft selbst gestalten wollen, beim nächsten „Syrienkrieg“, bei der nächsten territorialen Annexion „à la Krim“ einfach handlungsunfähig zuschauen. Dafür brauchen wir eine Abkehr von der Einstimmigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik und gemeinsame Investitionen in zivile, und ja, auch militärische Fähigkeiten. Doch wenn wir europäische Syner-

gien richtig nutzen, könnte das für Europa sogar Abrüstung bedeuten! Aber klar ist dabei: das Ganze muss demokratisch durch das Europaparlament kontrolliert werden.

## **EUROPAS STÄRKE IST DAS WISSEN**

Der wissenschaftliche und technische Fortschritt greift immer tiefer in unser Leben ein. Diese Veränderungen wollen wir entlang der europäischen Werte gestalten. Wir wollen weder chinesisch noch amerikanisch digitalisiert werden und wollen als Europäer die digitale Welt gestalten, und uns diese Entscheidungen nicht von den Wirtschaftsinteressen der großen Internetgiganten oder Chinas totalitärer Staatsherrschaftsvorstellungen diktieren lassen, sondern sie stattdessen mit Regeln zivilisieren und gleichzeitig die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

## **EUROPA DER REGIONEN UND KOMMUNEN**

Wir wollen, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene getroffen werden. Aber dort, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen, soll Europa sie unterstützen. Dazu gehört auch, den Kommunen einen einfachen, direkten Zugang zu EU-Fördermitteln zu geben. Der europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Errungenschaft, aber er darf nicht dazu führen, dass Kommunen zur Privatisierung der öffentlichen Güter gezwungen werden. Wir wollen die Selbstbestimmung der Regionen und Kommunen über ihre Kultur und die lokale Infrastruktur erhalten und stärken.

In den kommenden Monaten kämpfen wir für eine progressive Mehrheit im Europäischen Parlament, eine progressive Mehrheit mit einem starken Grünen Block, der für Nachhaltigkeit, Fairness, und Demokratie einsteht. Dass es sich lohnt zu kämpfen, haben wir Grüne zuletzt in Bayern und Hessen erlebt. Mit Zuversicht und Mut!



# AGNIESZKA BRUGGER

STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE

[WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE](http://WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE)

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, [agnieszka.brugger@bundestag.de](mailto:agnieszka.brugger@bundestag.de)

**WAHLKREISBÜRO** Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,  
Tel. 0751 / 359 39 66, Fax 0751 / 359 39 67 [agnieszka.brugger@wk.bundestag.de](mailto:agnieszka.brugger@wk.bundestag.de)

## INTERNATIONALE ABRÜSTUNG STATT GEFÄHRLICHE ESKALATIONSSPIRALE

**U**nser gemeinsame globale Ordnung ist die einzige Möglichkeit unsere Welt so zu gestalten, dass alle gewinnen und die Rechte aller gewahrt werden. Sie ist aber auch in unserem eigenen Interesse. Es wäre dumm zu glauben, dass ein Staat alleine die Herausforderungen unserer globalen Welt alleine oder durch einen Rückzug ins nationale Klein-Klein lösen könnte. Nur gemeinsam können wir den Kampf gegen die Klimaerhitzung angehen, Frieden und Menschenrechte garantieren und Migration gestalten. Diese gemeinsame Ordnung steht aber gerade unter Beschuss. Von alten Partnern und Rechtspopulisten. Internationale Abrüstung statt gefährliche Eskalationsspirale!

Wir erleben dies gerade mit Donald Trump und seinen Aufkündigungsplänen beim INF- Vertrag, der uns Jahrzehnte lang davor bewahrt hat, dass die USA und Russland ihre nukleare Raketenarsenale in Europa aufrüsten. Aus dieser Anfangszeit des Vertrages leiten auch wir Grüne das Ziel einer friedlicheren und besseren Welt ab. Mit dem angekündigten Ausstieg aus dem INF-Vertrag, der Nuklearraketen mit kurzer und mittlerer Reichweite aufrüsten und die Entwicklung neuer Systeme verhindern soll, trifft US-Präsident Donald Trump eine falsche und brandgefährliche Entscheidung. Auch der russische Präsident Wladimir Putin konnte oder wollte die Anschuldigungen über einen russischen Bruch des Vertrages offensichtlich nicht entkräften. Die beiden befeuern eine Eskalationsspirale und legen die Axt an unsere gemeinsame internationale Ordnung. In einer vereinbarten Debatte im Bundestag haben wir Grüne die Bundesregierung aufgefordert, in Abrüstungsfragen nicht länger wegzuschauen oder gar zu blockieren, sondern jetzt erst recht gemeinsam mit den europäischen Partnern Signale für Rüstungskontrolle und Abrüstung zu setzen.

## STOPP VON DESTABILISIERENDEN RÜSTUNGSEXPORTEN IN KRISEN- GEBIETE

Der brutale Krieg im Jemen, die katastrophale Menschenrechtslage – all das waren für die Bundesregierung bisher keine Gründe für einen echten Rüstungsexportstopp nach Saudi-Arabien. Auch nach dem schrecklichen Mord an dem saudischen Journalisten Jamal Khashoggi kam der Bundesregierung nur langsam das Versprechen eines Export-Stopps über die Lippen. Inzwischen ist klar, dass dieser aber nur für zwei Monate gelten soll. Die zeigt, dass dieser Pseudo-Rüstungsstopp nicht mal das Papier wert ist auf dem er steht. Wir Grüne fordern ganz deutlich: Schluss mit den Hintertüren bei Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien und endlich ein strenges und verbindliches Rüstungsexportkontrollgesetz.

## RECHTSPOPULISTEN GEFÄHRDEN UNSERE GEMEINSAME ORDNUNG

Mit hasserfüllter Rhetorik und einer rassistischen, frauenfeindlichen und homophoben Kampagne hat Jair Bolsonaro die Präsidentschaftswahl in Brasilien gewonnen. Er reiht sich nun in die Gide zwischen Donald Trump, Victor Orban und anderen in eine Reihe von Populisten mit menschenverachtender Politik und Rethorik ein. Mit der Rücknahme der brasilianischen Bewerbung für die Klimakonferenz im nächsten Jahr hat Präsident Bolsonaro klar gemacht, dass er kein Partner für Klimaschutz sein will. Seine Pläne für Brasiliens Zukunft müssen die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft alarmieren. Demokratische Standards und die Rechte aller Bürger\*innen Brasiliens müssen jetzt in diplomatischen Gesprächen mit der Regierung Bolsonaros eine zusätzliche Rolle spielen.

# **INTERNATIONALE ABRÜSTUNG STATT GEFÄHRLICHE ESKALATIONSSPIRALE**



## **WIR GRÜNE SIND EINE STARKE STIMME FÜR EINE MENSCHENRECHTSBASIERTE AUSSENPOLITIK**

Es ist erschreckend auf die internationale Ebene zu blicken und das Gefühl zu haben, überall lodernde Brände zu sehen. Es gibt aber auch gute Nachrichten, Nachrichten, die engagierte Menschen produzieren, die sich für die internationale Ordnung und Menschenrechte weltweit einsetzen. Zu ihnen gehören beispielsweise Kristina Luntz und Nina Bernading vom Center for Feminist Foreign Policy, die sich mit ihrer Neugründung des Instituts für die Gleichberechtigung von Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen. Ihr Ziel ist es, Frauen und Mädchen weltweit in der internationalen Politik eine laute Stimme zu geben und dafür zu sorgen, dass ihre Rechte, Repräsentationschancen und Ressourcen gestärkt werden.

Im Januar veranstalten wir in der Grünen Bundestagsfraktion dazu ein Fachgespräch und bringen auch einen Antrag für eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik in den Bundestag auf den Weg. Als Positivbeispiel lohnt es sich aber auch nach Nigeria zu schauen. Dort kämpft Osai Ojigho als junge feministische Vorsitzende von Amnesty International Nigeria tag täglich für Menschenrechte trotz widrigster Umstände. Ich freue mich sehr mit ihr am 07. Dezember dieses Jahres auf der Konferenz zu 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte über die zukünftigen Herausforderungen zu diskutieren.

Diese Positivbeispiele machen mir Mut. Und auch ein weiteres Ereignis aus den letzten Wochen zeigt, dass sich die demokratischen Kräfte auch gemeinsam für eine bessere Welt einsetzen können. Im Bundestag gibt es viele Debatten, wie zuletzt beim Migrationspakt, in denen alle demokratischen Fraktionen trotz inhaltlicher Unterschiede an

einem Strang ziehen und den Lügen der Feinde der Demokratie trotzen. Auch bei der Unteilbar-Demo im Oktober haben mehrere hunderttausend Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft gemeinsam ein Zeichen gesetzt gegen alle, die versuchen unsere Gesellschaft zu spalten.

## **SCHNELLE UND DETAILLIERTE AUFKLÄRUNG ZU BERICHTEN ÜBER RECHTE UMTRIEBE IN DER BUNDESWEHR**

Es gibt ernstzunehmende Hinweise darauf, dass sich möglicherweise Angehörige unserer Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr, in geheimen Chatgruppen organisieren und dort rechtsextreme Umsturzpläne gegen unsere Demokratie schmieden. Recherchen der taz und des Focus haben einige sehr erschreckende Hinweise ans Licht gebracht. In den geheimen Gruppen sollen die Mitglieder über eine schwere Krise in Deutschland schwadroniert haben. Für diesen „Tag X“ würden Waffen und Munition gehortet, Safe Houses eingerichtet und Listen mit Menschen erstellt, die dann festgesetzt oder liquidiert werden sollten.

Wir haben im Verteidigungsausschuss die Bundesregierung zu diesen erschreckenden Berichten befragt. Das Verteidigungsministerium hat in der Sitzung allerdings einen höchst befremdlichen Auftritt hingelegt. Anstatt bei derart gravierenden Berichten und Hinweisen schnellstmöglich und gründlich aufzuklären, gab es Ausweichmanöver, unbeantwortete Fragen und Verharmlosung. Für uns Grüne heißt das, wir werden weiter eine detaillierte Aufklärung vorantreiben. Rechtsextremisten dürfen weder in der Bundeswehr und der Polizei noch in anderen staatlichen Behörden einen Platz haben. Dem muss mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates und unser Demokratie begegnet werden.



## **DR. ANNA CHRISTMANN**

**SPRECHERIN FÜR INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK**  
**SPRECHERIN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT**

**WWW.ANNACHRISTMANN.ORG**

Tel. 030 / 227-79227, Fax 030 / 227-70230, [anna.christmann@bundestag.de](mailto:anna.christmann@bundestag.de)

**WAHLKREISBÜRO** Tübinger Str. 1, 70178 Stuttgart

Tel. 0711 / 66 47 61 99, [anna.christmann.wk@bundestag.de](mailto:anna.christmann.wk@bundestag.de)

### **KÜNSTLICHE INTELLIGENZ EUROPÄISCH ENTWICKELN UND ZUM WOHL VON GESELLSCHAFT UND UMWELT GESTALTEN**

**D**as Wort Künstliche Intelligenz geistert derzeit durch alle Überschriften. Manche von Euch fragen sich vielleicht, warum wir uns als Grüne jetzt auch noch damit beschäftigen sollen. Wir haben doch schließlich ausreichend natürliche Intelligenz mit der wir uns für besseres Klima, eine gerechte Gesellschaft und individuelle Selbstbestimmung einsetzen.

Und in dieser Begründung liegt bereits die Dringlichkeit, mit der wir uns als Grüne mit einer neuen Technologie wie der Künstlichen Intelligenz beschäftigen, sie verstehen und über Einsetzungsszenarien diskutieren müssen: Richtig eingesetzt kann sie uns genau bei diesen Zielen helfen. Es ergeben sich aber auch neue Herausforderungen wie ethische Fragen, wie wir als Menschen mit automatisierten Systemen zusammenarbeiten und ökologische, wenn der Stromverbrauch für Rechenzentren immer höher wird.

Im Land wissen wir das längst. Seit 2016 gibt es das Cyber Valley in Tübingen und Stuttgart, wo auf exzellentem Niveau an grundlegenden Fragen von sogenanntem Maschinellen Lernen geforscht wird. Die Digitalstrategie des Landes hat ein starkes Kapitel zu Nachhaltigkeit und auch im Bundestag wollen wie als Grüne die Kraft der neuen Technologie vor allem auch für die sozialökologische Modernisierung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft nutzen. In unserem Antrag „Künstliche Intelligenz – Auf Grundlage europäischer Werte entwickeln und zum Wohl von Gesellschaft und Umwelt gestalten“ zeigen wir, wie das gehen kann.

### **EINEN EUROPÄISCHEN WEG ENTWICKELN ANSTATT NATIONALSTAATLICHES KLEIN-KLEIN**

Damit wir hier in Europa selbst die Standards und Anwendungsfelder bestimmen können, müssen wir KI selbstbestimmt erforschen, entwickeln und einsetzen können. Europa hat bereits beim Datenschutz einen starken einheitlichen Standard gesetzt, das müssen wir beim Thema Künstliche Intelligenz wiederholen. Und zwar noch offensiver als bisher: Wir dürfen uns in Europa nicht damit zufrieden geben, im Nachhinein den rechtlichen Rahmen für Innovationen zu stricken, die anderswo entwickelt wurden. Wir müssen aufzeigen, wie man mit neuer Technologie gezielt soziale und ökologische Technologie hervorbringen kann.

Es geht dabei eben nicht um ein blindes Wettrennen mit den USA oder China – wir wollen weder Social Scoring noch einen entfesselten Kapitalismus – sondern darum, einen europäischen Weg zu entwickeln, der gesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen, Grund- und Freiheitsrechte ins Zentrum stellt. Doch die kürzlich vom Kabinett beschlossene KI-Strategie der Bundesregierung hat diese Erwartungen auf ganzer Linie enttäuscht. Sie steht unter dem Motto „AI made in Germany“ – also dem Gegenteil eines europäischen Ansatzes. Die Große Koalition verheddert sich im nationalstaatlichen Klein-Klein. Für ein gemeinsames virtuelles KI-Forschungszentrum mit Frankreich will sie lediglich 500.000 Euro im nächsten Jahr investieren.

Als Grüne setzen wir hingegen klar auf eine starke europäische Zusammenarbeit. Wir fordern in unserem Antrag 100 Millionen Euro schon 2019 für ein europäisches Forschungsnetzwerk, das in die Welt hinausstrahlt. Denn wir sind überzeugt: Nur mit einer klaren Vision von KI „made in Europe“ werden wir die besten Köpfe für uns gewinnen können. Außerdem

# KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

## EUROPÄISCH ENTWICKELN UND ZUM WOHL VON GESELLSCHAFT UND UMWELT GESTALTEN



sprechen wir uns für flexiblere Forschungsstrukturen aus, die es ermöglichen mit guten Gehältern, attraktiver Infrastruktur und europäischer Lebensqualität die besten KI-Forschenden nach Europa zu holen oder hier zu halten. Ansonsten machen chinesische oder amerikanischen Digitalkonzernen die Regeln und dabei kommt der Datenschutz, die Nachhaltigkeit und Ökologie schnell unter die Räder. In autoritären Staaten wie China droht durch KI die allumfassende Überwachung, in den USA ein weiterer Machtzuwachs großer Digitalkonzerne – mit all den negativen Konsequenzen, die wir heute schon erleben. Der europäische Weg muss ein anderer, ein Weg der digitalen Chancen, des fairen Marktzugang, der nachhaltigen Entwicklung und der Selbstbestimmtheit sein.

### KLARER SCHWERPUNKT AUF ÖKOLOGIE UND GEMEINWOHL

In der KI-Strategie der Bundesregierung fehlt noch etwas anderes: Klare Prioritäten. Die Bundesregierung hat sich einfach vor einer Entscheidung gedrückt und stattdessen ein Sammelsurium an Buzzwords vorgelegt. Dabei haben andere Länder bereits vorgemacht, wie es besser geht. Die französische KI-Strategie benennt ausdrücklich ökologische Potentiale von KI als eine zentrale Säule. In unserem grünen Antrag zu KI legen wir einen klaren Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und soziale Innovationen. Zum Beispiel fordern wir eine Innovationsstiftung für nachhaltige und soziale digitale Anwendungen (INSDA). Damit wollen wir gezielt Entwicklungen voranbringen, die unserer Gesellschaft helfen und nicht nur die, die den meisten Profit bringen. KI kann Leben retten, wenn wir sie wie in Großbritannien dazu nutzen, erste Hilfe bei Herzinfarkten besser zu vernetzen.

### EINBINDUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Menschen machen sich längst Gedanken über die Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf ihr Leben. Wie wird sich mein Job verändern? Kann es passieren, dass Maschinen irgendwann über uns Menschen entscheiden? Droht bei uns die Dauerüberwachung wie in China? Diese wichtigen Fragen zu Künstlicher Intelligenz dürfen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg debattieren und entschieden werden. Nur durch Transparenz und Beteiligung entsteht das nötige Vertrauen, um Künstliche Intelligenz zum Wohl der Gesellschaft gestalten zu können. Deshalb müssen Beteiligungsverfahren geschaffen werden, die die Einbindung der Zivilgesellschaft sicherstellen.

### GLOBALER KI-GIPFEL ANALOG ZUR KLIMAKONFERENZ

Bei der Gestaltung von KI egal ob national oder europäisch muss immer die Frage im Mittelpunkt stehen, wie wir die neue Technologie zum Wohle der Gesellschaft nutzen können. Diese Frage stellt sich am Ende global. Die Potenziale von KI für die Lösung wichtiger gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen sind enorm. Ob verbesserte medizinische Diagnostik für die frühzeitige Erkennung von Krebs, intelligente Steuerung von Verkehrsströmen oder smarte Stromnetze für den schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien, in zahlreichen Bereichen kann KI einen positiven Beitrag leisten. Um diese Potenziale auch zu heben, brauchen wir eine bessere Innovationsförderung, europäische Vernetzung und eine klare Strategie, die Gemeinwohl und Nachhaltigkeit von KI ins Zentrum stellt. Um globale ethische Standards zu entwickeln, sprechen wir Grünen uns für einen KI-Gipfel analog zur Klimakonferenz aus.



# HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK  
SPRECHER FÜR WALDPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall  
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner@wk.bundestag.de

## STILLSTAND AUF DEM ACKER

**C**DU-Agrarministerin Julia Klöckner macht genauso weiter wie ihr Amtsvorgänger Christian Schmidt, nur ein bisschen eleganter. Flotte Sprüche von „system-relevanten Bienen“, besserem Tierschutz, Glyphosat-Ausstieg, gesünderer Ernährung – aber wenn es konkret wird, passiert dennoch nichts. Das hat sich auch im Regierungshaushalt für 2019 gezeigt. Für die Erforschung von Alternativen für echten Pflanzenschutz ohne Gift investiert die Bundesregierung nur Kleckerbeträge. So wird es leider lange nichts mit weniger Pestiziden auf den Äckern.

Im Zweifel haben auch bei der neuen Agrarministerin die Interessen von Agrarriesen, Chemiekonzernen und Deutschem Bauernverband stets Vorrang vor Umwelt und Gesundheit. Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) beißt sich daran noch erfolgloser die Zähne aus als einst ihre Vorgängerin Barbara Hendricks an Christian Schmidt. Dabei ist eine echte Agrarwende wichtiger denn je, das zeigen Insektensterben und Klimakrise überdeutlich. Die Folgen treffen die Landwirtschaft als erstes und am unmittelbarsten. Das hat der vergangene Dürresommer allen klar vor Augen geführt. Ohne Insekten gibt es keine natürliche Bestäubung mehr und kein Schädlings-Nützlings-Gleichgewicht, was ebenso fatal ist wie ausbleibende Niederschläge. Die Landwirtschaft darf sich nicht aus kurzfristigen Ertragsmaximierungsinteressen dauerhaft ihre eigenen Existenz- und unser aller Lebensgrundlagen zerstören. Wie Landwirtschaft selbst zur Lösung der Klimakrise beitragen kann, wird ein Thema unserer Grünen Konferenz „Europa à la carte! Was essen wir morgen?“, die wieder am Tag der großen „Wir haben es satt“-Demo am 19.01.2019 in Berlin stattfindet

Info und Anmeldung: <https://gruenlink.de/1k50>

## FERKELKASTRATION: TIERQUÄLEREI VERFAS-SUNGSWIDRIG VERLÄNGERT

Wie wenig sich bewegt in der Agrarpolitik dieser Bundesregierung, hat sie mit der Verlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration ein weiteres Mal vorgeführt. Seit fünf Jahren ist klar, dass diese tierquälerische Praxis zum Jahresende endlich gestoppt werden sollte. Alternativen sind längst da, wie auch die Bundesregierung schon vor Jahren bestätigt hat. Dennoch erlaubt sie die betäubungslose Kastration jetzt noch zwei ganze Jahre länger. Wie Rechtsexperten jetzt bei einer Öffentlichen Anhörung im Bundestag feststellten, verstößt sie damit gegen den Tierschutzgrundsatz, der seit 2002 dank grüner Initiative im Grundgesetz verankert ist. Die Bundesregierung hat fünf Jahre lang geschlafen. Leidtragende sind Millionen Ferkel, aber auch TierhalterInnen, die jahrelang im Ungewissen gelassen wurden.

## CRISPR-GENTECHNIK IST GENTECHNIK

Viele sind derzeit fasziniert von den vermuteten Potenzialen neuer Gentechnik-Verfahren wie CRISPR auf den verschiedensten Gebieten. Selbstverständlich begleiten auch wir diese Entwicklung und prüfen sorgfältig Chancen und Risiken. Das ist unsere Aufgabe als Politik. Genauso umfassend prüfen wir aber auch die Hintergründe von Kommunikationskampagnen, mit denen CRISPR-Gentechnik aktuell medial vermittelt wird. Für ein abschließendes Urteil über Potenziale und Gefahren ist es noch viel zu früh.

Gut ist, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Juli klargestellt hat, dass auch neue Gentechnik wie CRISPR Gentechnik ist und dass dafür dieselben Regeln gelten. Das bedeutet kein Verbot, wie manche behaupten, sondern lediglich die gebotene Vorsicht, klare Regulierung und Kennzeichnung. Eine Gesetzänderung, um CRISPR-Gentechnik unreguliert und ungekennzeichnet verkaufen zu können, wäre der falsche Weg, ganz egal, wie

# STILLSTAND AUF DEM ACKER

man die Potenziale einschätzt. Dennoch streben viele Biotech-Firmen, ForscherInnen und inzwischen auch Ministerin Klöckner sie an. Eine nicht rückholbare Technik sollten wir aber nicht unkontrolliert ins Ökosystem und in die Lebensmittelproduktion entlassen. Wir werden das Vorsorgeprinzip verteidigen müssen. Diese Aufgabe wird uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen, denn der Lobbydruck ist stark.

Die angeblichen CRISPR-Menschenversuche an Babys haben der Welt eindrücklich klargemacht, dass wir auch internationale Regeln und Institutionen dafür brauchen. Die Bundesregierung hat sich damit auch nach diesem Paukenschlag aus China nicht ernsthaft beschäftigt, wie sich in der Regierungsbefragung herausstellte. Wir haben den Vorsitzenden des Ethikrates eingeladen, um mit ihm über die Entwicklung zu diskutieren.

## GLYPHOSAT-AUSSTIEG AM SANKT-NIMMERLEINSTAG?

Beim Thema Glyphosat sah sich die schwarz-rote Koalition nach dem Debakel um Ex-Minister Schmidt und seinen Brüsseler Egotrip, mit der er die EU-Neuzulassung durchgedrückt hatte, dazu genötigt, wenigstens einen windelweichen Glyphosat-Ausstieg im Koalitionsvertrag zu versprechen. Doch passiert ist bisher nichts, stattdessen beharren sich Klöckner und Schulze in schöner Regelmäßigkeit darüber und schieben das Ausstiegsdatum immer weiter nach hinten – von 2021, wie es zunächst hieß, über 2023 bis der letzten Klöckner-Äußerung zufolge vollends auf den Sankt-Nimmerleinstag. Begründung: solange Glyphosat eine EU-Zulassung habe, könne man national wenig machen. Wer hatte die noch gleich ermöglicht vor erst einem Jahr?

Der Bayer-Konzern hat unterdessen schwer zu schlucken an Glyphosat, für das er durch die Monsanto-Übernahme die volle Verantwortung übernommen hat. 78 Millionen Dollar bekam in den USA allein das erste von rund 10.000 Glyphosat-Opfern als Schadenersatz

zugespochen. Bayer schon jetzt so viel an Wert verloren wie der Monsanto-Kauf gekostet hat. Letzte Rettung für den Konzern sollen jetzt Stellenabbau und Vorruhestand bringen – die öffentlichen Rentenkassen sollen also die Konzernsanierung mitfinanzieren. Einen kritischen Blick auf die abenteuerlichen Aktionen von Monsanto beim Glyphosat-Zulassungsverfahren gibt es bei Bayer nach wie vor nicht, stattdessen unsaubere Zahlentricks und Pseudo-Transparenz.

## KONZERNE & REGIERUNG GEGEN TRANSPARENZ

Echte Transparenz im Pestizid-Zulassungsverfahren versucht Bayer zusammen mit den anderen Agrarchemiekonzernen mit allen Mitteln aufzuhalten. Eine entsprechende EU-Initiative, die aus der europäischen Bürgerinitiative gegen Glyphosat hervorgegangen ist, bremsen sie mit Unterstützung der Bundesregierung – mit Verweis auf angeblich gefährdete „Geschäftsgeheimnisse“. Dabei ist Eile geboten, damit diese wichtige Initiative noch vor den Europawahlen im Mai abgeschlossen werden kann.

Besonders intransparent ist auch die Zulassung neuer Bienengifte. Nachdem auch Ministerin Klöckner im Frühjahr das lange von uns geforderte EU-weite Freilandverbot wenigstens dreier besonders bienengefährdender Neonikotinoide nicht mehr länger aufhalten konnte und es deshalb umgehend als eigene große Tat reklamiert hat – „Was der Biene schadet, muss vom Markt“ –, stehen die Nachfolge-Gifte mit gleichem Wirkprinzip kurz vor der Zulassung, ohne dass Frau Klöckner hier ähnliches proklamiert. Transparente Infos darüber gibt es nicht einmal für ParlamentarierInnen – „Geschäftsgeheimnisse“. Und sogar die gerade erst verbotenen Neonikotinoide versucht die Lobby jetzt per „Notfallzulassung“ doch wieder auf die Äcker zu bekommen. Wir bleiben dran mit Aufklärung, Anfragen und Anträgen!



# MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

REGIONALBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt  
Tel. 0711 / 99 72 61 40, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

## DEUTSCHLAND-TAKT – ERSTE SCHRITTE VON DER VISION ZUR UMSETZUNG

**M**it der Bahn fahren und dabei pünktlich und schnell am Ziel ankommen – das soll der sog. Deutschland-Takt ermöglichen. Wir Grünen fordern ihn seit Jahren, nun hat die Bundesregierung ihre im Koalitionsvertrag verankerten Absichten weiter konkretisiert. Die Absichtserklärung in Form der Veröffentlichung eines Zielfahrplans für das Jahr 2030 kann als Fortschritt bewertet werden. Offen bleibt allerdings, wie diese Vision eines funktionsfähigeren Bahnverkehrs in die Tat umgesetzt werden soll.

### WAS IST DER DEUTSCHLAND-TAKT?

Der Deutschland-Takt ist ein sog. Integraler Taktfahrplan. Ein solcher Fahrplan, der sich zum ersten Mal auf ganz Deutschland erstrecken soll, sieht vor, dass die Züge in festen Zeitintervallen verkehren – also immer zu derselben Minute im Stunden- oder Zweistunden-takt. Auf den Hauptachsen soll sich sogar ein Halbstundentakt ergeben. Übergeordnetes Ziel ist es, die Anschlüsse in den Knotenbahnhöfen aufeinander abzustimmen und reibungslos ablaufende Umstiege zwischen Fernverkehrszügen sowie zwischen Fernverkehrs- und Regionalzügen zu gewährleisten. Dadurch sollen neue Reiseziele entstehen, die Züge pünktlicher und die Reisezeiten insgesamt kürzer werden. Der Deutschland-Takt ist aber mehr als nur eine rein technische Maßnahme: Der Zielfahrplan 2030 des Deutschland-Takts sieht eine (Wieder-)Anbindung von Städten wie Heilbronn und Friedrichshafen (stündlich) sowie Tübingen und Schwäbisch Hall-Hessental (zweistündlich) an den Fernverkehr vor und hat das Potential, einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten, mehr Menschen eine nachhaltige Mobilität zu ermöglichen. Mit dem Deutschland-Takt kündigt sich ein entscheidender Para-

digmenwechsel im Schienenverkehr an: Erst der Fahrplan, dann die Infrastrukturplanung! Mit Milliardenprojekten wie Stuttgart 21 und der Neubaustrecke München-Berlin wurde/wird genau umgekehrt vorgegangen: Erst wurde gebaut und dann geschaut, was sich mit der neuen Infrastruktur anfangen lässt. Nun sollen Überholgleise und zusätzliche Bahnsteigkanten in den Knotenbahnhöfen entstehen sowie Strecken beschleunigt werden, um gezielt Anschlüsse zu ermöglichen und zu sichern.

### VERSÄUMNISSE DER BUNDESREGIERUNG KÜNDIGEN SICH AN

Die von der Bundesregierung gesetzten Impulse sind zu begrüßen. Auf die Frage, wie der Zielfahrplan 2030 tatsächlich umgesetzt werden soll, liefert sie bisher keine überzeugenden Antworten. Angefangen bei der Finanzierung zeigen der Haushalt für 2019 und die mittelfristige Finanzplanung, dass die Bundesregierung auch weiterhin ihrer bisherigen Linie treu bleibt und am Finanzierungsprivileg des Straßenverkehrs festhält. Das Vorhaben Deutschland-Takt steht und fällt aber mit einer abgesicherten Finanzierung. Klar ist bereits jetzt, dass die Realisierung des Projekts nur in Etappen erfolgen kann. Damit die Idee aber ihre volle Wirkung entfalten kann und die beabsichtigten Ziele auch tatsächlich erreicht werden, bedarf es der vollständigen Umsetzung des abgestimmten Zielfahrplans. Die Antwort auf unsere Anfrage an die Bundesregierung deckt zusätzliche Hindernisse auf dem Weg zur Umsetzung des Deutschland-Takts auf. Angenommen, das Optimum ist erreicht und alle für den Zielfahrplan 2030 erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen wurden realisiert, so stellt sich die Frage, ob die Eisenbahnverkehrsunternehmen das Trassenangebot des Zielfahrplans auch tatsächlich mit einem Betriebsangebot bedienen werden. Die Bundesregierung stuft die Angebotsgestaltung als

# DEUTSCHLAND-TAKT UND E-KLEINSTFAHRZEUGE



unternehmerische Aufgabe der Eisenbahnverkehrsunternehmen ein. Mit einer derartigen Positionierung versäumt es die Bundesregierung, Bedingungen zu schaffen, die ein dem Zielfahrplan entsprechendes Zugangebot sicherstellen können.

## **(WANN) KOMMT DER DEUTSCHLAND-TAKT?**

Die Frage nach dem Deutschland-Takt darf nicht sein „ob“, sondern in welchen Schritten und „wann“ er kommt! Mit ihrer Ankündigung hat die Bundesregierung bereits einen nahezu unumkehrbaren Schritt gemacht, der vor allem im Hinblick auf die dringend erforderliche Verkehrswende mehr als geboten ist. Die Verkehrswende braucht den Schienenverkehr und dieser wiederum bedarf eines deutschlandweit funktionierenden Netzes. Bereits jetzt ist allerdings absehbar, dass unter den derzeit bestehenden Bedingungen eine Realisierung bis zum Jahr 2030 mehr als fraglich

## **CHANCEN DURCH E-KLEINSTFAHRZEUGE BEIM SCHOPFE PACKEN!**

Chancen für die Nahmobilität bieten zunehmend elektrisch angetriebene Tretroller, Skateboards oder Monowheels, die „Elektrokleinstfahrzeuge“ (eKF). Da knapp die Hälfte aller Pkw-Fahrten kürzer als 5 km und die Mitnahme von eKF im ÖPNV gut möglich ist, gibt es hier für die „letzte Meile“ ein Verlagerungspotenzial.

Um dieses Potenzial nutzen zu können, müssen eKF mit einer vernünftigen Regelung aus dem bisherigen Verbot herausgeholt werden. Die Bundesregierung hat nun vor kurzem einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der sich aktuell in der Länderanhörung befindet. Leider enthält der Entwurf unnötig detaillierte und restriktive Regelungen, welche die agile Entwicklung der Nah- und Mikromobilität ausbremsen könnten. So ist etwa ein aus unserer Sicht unnötiger Führerschein vorgesehen. Auch

die enthaltene Pflicht zur Lenk- und Haltestange sollte wegfallen, da sie viele Fahrzeugtypen ausschliesse. Eine neue Studie des Bundes soll nun auch die Einsatzmöglichkeiten von Fahrzeugen ohne Lenkstange im öffentlichen Verkehrsraum untersuchen, was ich trotz der späten Beauftragung einer Studie begrüße. Gleichzeitig sollte es für die technischen Anforderungen eine Orientierung an der künftigen europäischen Norm statt eines bürokratischen deutschen Sonderwegs geben. Ein ernsthafter Dialog der Bundesregierung mit anderen Ländern, in denen die Kleinstfahrzeuge vierfach längst zugelassen sind, fand leider nicht statt. So bleiben bereits gemachte Erfahrungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit, unberücksichtigt.

Für nachvollziehbar halten wir die Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h und die grundsätzliche Anlehnung an Regelungen des Radverkehrs. Das vermehrte Auftreten von eKF auf Radwegen könnte jedoch bei geringer Breite oder hohen Radverkehrszahlen zu Konflikten führen. Daher braucht es im Sinne des Umweltverbunds für die Zukunft eine Neuaufteilung des Verkehrsraums, wozu insbesondere breitere und sicherere Radwege gehören.

Ich begleite das Verfahren weiter kritisch und aufmerksam und setze mich für Verbesserungen ein. Neben mehreren Fachgesprächen mit Vertretern der Branche (inkl. Probefahrten) und Sachverständigen aus der Wissenschaft und mehreren parlamentarischen Anfragen fand Ende November eine kleine Parlamentsrunde statt. Nun kommt es darauf an, dass die Bundesregierung ihren Verordnungsentwurf überarbeitet und von überzogenen Vorgaben befreit. Die Branche und viele Bürger stehen bereits in den Startlöchern und warten auf eine praktikable Regelung.



# SYLVIA KOTTING-UHL

VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES  
FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721 / 151 86 87, Fax 0721 / 151 86 90, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

## MIT LEEREN HÄNDEN NACH KATOVICE

**D**eutschland kommt mit leeren Händen nach Katowice. Der einstige Vorreiter im Klimaschutz gehört inzwischen bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion laut einem Bericht der EU-Kommission zu den sechs schlechtesten Ländern innerhalb der EU. Um das selbst gesetzte Klimaschutzziel 2020 – die Reduktion von Treibhausgasen um 40 Prozent gegenüber 1990 – noch zu erreichen, müssten die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke schnell abgeschaltet werden. Die „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ – die aus gutem Grund nicht „Kohlekommission“ heißt – sollte einen Pfad für einen Kohleausstieg aufzeigen, der zumindest das 2030-Ziel nicht auch noch reißt. Diesen Pfad wollte die Umweltministerin auf der Klimakonferenz COP 24 in Katowice vorstellen. Daraus wird nun nichts. Die Kommission vertagt sich auf Wunsch der Kohleländer im Osten, deren Ministerpräsidenten vor Abschaltplanen für Kohlekraftwerke die neuen Arbeitsplätze sehen wollen. Erneut zeigt sich das Versagen einer Bundesregierung, die Umweltschutzziele nicht ernst genug nimmt, um rechtzeitig und durchsetzungswillig den dafür notwendigen Strukturwandel selbst in die Hand zu nehmen. Stattdessen macht sie sich erpressbar von Industrie, Gewerkschaften und Bundesländern.

Die neue Bundesumweltministerin nennt ihre Politik gern „rote Umweltpolitik“. Das IGBCE-Mitglied meint damit, dass ökologische Politik immer auch sozial sein müsse. Damit hat sie recht. Wenn Umwelt- und Klimaschutz gegen Grundbedürfnisse wie Wohnen, Arbeit, Mobilität und soziale Teilhabe ausgespielt werden, bringt das keine Akzeptanz. Nur: eine Umweltministerin, die Klima- und Umweltschutzziele nicht eindeutig benennt und klarmacht, dass die nicht zur Debatte ste-

hen, macht am Ende weder das eine noch das andere. Dass Deutschland sich zunehmend von Umweltpolitik verabschiedet, liegt allerdings mehr noch als an der nicht durchsetzungsfähigen Umweltministerin an ihren Kolleg\*innen im Wirtschafts-, Verkehrs- und Landwirtschaftsministerium.

## DAS VERSAGEN DER BUNDESREGIERUNG

Energie- und Wirtschaftsminister Altmaier hat die Energiewende gerade nochmal gestutzt. In dem von der Bundestagsmehrheit am 30. November beschlossenen Energiesammelgesetz werden Sonnen- und Windkraft erneut gedeckelt. Trotz marginaler Pluspunkte wie der bescheidenen EEG-Sonderausschreibungen und der Responder für die Windanlagen hat das Gesetz nichts mit dem Ausbauziel „65 Prozent Erneuerbare bis 2030“ zu tun. Im Gegenteil: keine Regionalisierungskomponente für den Süden Deutschlands, keine Planungssicherheit für Investoren. Auch dieses Ziel wird von der Politik der derzeitigen Bundesregierung gerissen werden. Das scheint auch gewollt, wenn der erste Redner der Union in der Debatte zum Energiesammelgesetz die Sonderausschreibungen mit den Worten kritisieren darf: „Wir fördern blind den Ausbau.“

Verkehrsminister Andreas Scheuer sieht in guter Tradition seiner Vorgänger seine Hauptaufgabe offenbar darin, im Kabinett wie in Brüssel dafür zu sorgen, dass weder CO<sub>2</sub>- noch NO<sub>x</sub>-Emissionen wirklich an der Quelle – nämlich dem Auto – angegangen werden. Dabei geht es ihm nicht um die Fahrzeughalter\*innen, wie der Streit um Fahrverbote und wie die zu vermeiden seien, deutlich zeigt, sondern ausschließlich darum, der Automobilindustrie nichts zuzumuten. Das ist allerdings kurzsichtiger Lobbyismus, der die Zukunft der Autobauer nicht im Blick hat. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem

# **RADIKALE UMWELTPOLITIK**

## **MIT LEEREN HÄNDEN NACH KATOVICE**

Verkehr sind in Deutschland in den letzten Jahren nicht nur nicht gesunken, sondern gestiegen. Jede weiß, dass es ohne andere Antriebstechniken für Autos und ohne Verlagerung von Verkehr auf Bahn, ÖPNV und Fahrrad nichts werden kann mit dem Klimaschutz. 17 Prozent der Treibhausgase kommen in Deutschland aus dem Verkehr, die sich daraus ergebende Hausaufgabe muss auch ein CSU-Verkehrsminister endlich annehmen. Im Landwirtschaftsministerium hat sich mit dem Wechsel von Schmidt zu Klöckner die Rhetorik geändert, leider nicht die Politik. Auch Julia Klöckner hat weder vor, die klimaschädigende Massentierhaltung anzugehen noch die Stickstoffeinträge. In ihrem Ministerium bündelt sich Handlungsmacht für gesunde Ernährung, die Beendigung von Tierleid, den Schutz von Boden, Wasser und Klima. Nichts davon nimmt sie auch nur andeutungsweise mehr an als ihr Vorgänger Christian Schmidt.

Die Umweltministerin hat also für den Klimaschutz keine Bündnispartner\*innen im Kabinett. Anstatt sich die nötigen Bündnispartner\*innen in der Zivilgesellschaft zu suchen und auf gemeinsame Durchsetzungskraft zu setzen, hält sie lieber schöne Sonntagsreden. Das wird sie auch auf der COP 24 tun. Damit wird sie jedoch nicht darüber hinwegtäuschen können, dass Deutschland beim Klimaschutz keine Bank mehr ist. Wer die eigenen Ziele reißt, kann anderen nicht mehr Verbindlichkeit abverlangen.

### **RADIKALE FRAGESTELLUNGEN BRAUCHEN RADIKALE ANTWORTEN**

Wer aber nach dem Sommer 2018 mit weltweiten Wetter-Katastrophen, mit Dürre und existenzbedrohenden Ernteeinbrüchen in Deutschland noch glaubt, Maßnahmen gegen die Klimakrise könnten vertagt werden, hat

die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Die Bundesregierung hat alle Argumente auf ihrer Seite: das Warnzeichen dieses Sommers, eine Wirtschaft der es gut geht, einen gut gefüllten Bundeshaushalt und eine Zivilgesellschaft die erkennt, dass wir etwas tun müssen. Es ist zu spät um mit halbherzigen Maßnahmen auf eine sich abzeichnende Situation zu reagieren, die für unsere Kinder verheerende Auswirkungen haben wird. Auch wenn Deutschland von der Klimakrise nicht so zerstörerisch getroffen werden wird wie andere Teile der Welt, so werden die globalen Verwerfungen, das Leid das die Überhitzung der Erde verursachen wird, vor unserer Haustür nicht haltmachen. Wie will Europa, wie will Deutschland mit klimabedingten Fluchtbewegungen von Hunderten Millionen von Menschen zurecht kommen, wenn schon einige hunderttausend Flüchtlinge unser Land innenpolitisch aus der Spur bringen?! Jetzt hilft nur noch radikale Umweltpolitik. Es geht nicht nur um die Klimakrise und das damit in Beziehung stehende ungebremsste Artensterben. Es geht um die Plastikflut in den Weltmeeren, das Mikroplastik in unseren Körpern, den Pestizideinsatz auf unseren Äckern, den ungehemmten Ressourcenverbrauch und die damit einhergehende Müllproduktion. Von allem zuviel! 46 Jahre nach den erstmals benannten „Grenzen des Wachstums“ durch den Club of Rome, 38 Jahre nach Gründung der Grünen, nach vielen politischen Erfolgen unserer Partei – allen voran der Atomausstieg – ist es Zeit für eine neue Radikalität in der Umweltpolitik. Zu lange wurden die drängenden Fragen verschleppt. Zu lange haben Grüne auf Bundesebene nicht mitregiert. Das umweltpolitische Erbe ist verbraucht. Jetzt sind die umweltpolitischen Fragestellungen so radikal, dass sie radikale Antworten brauchen. Von uns.



## CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Am Lustnauer Tor 6, 72074 Tübingen

Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

**E**ine der ersten Meldungen zum Thema Wohnen in dieser Legislaturperiode lautete: Gesundheitsminister Spahn vermietet Wohnung an FDP-Chef Lindner. Wie Christian Lindner kürzlich in einem Podcast ausplauderte, verstehe man sich blendend, trinke auch mal abends einen Wein zusammen. So ein entspanntes Verhältnis zu ihrem Vermieter haben leider die wenigsten Mieterinnen und Mieter in Deutschland. Im Gegenteil: Vermieten ist längst ein knallhartes Geschäftsmodell, Wohnungen werden als Renditeobjekte gehandelt, die Wohnungsmärkte sind in Schieflage. Die Dramatik der Wohnfrage wird mittlerweile regelmäßig in Zeitungen, Fernsehen und den sozialen Netzwerken diskutiert. Auch bei den letzten Landtagswahlkämpfen in Bayern und Hessen hat das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum die Wahlentscheidung vieler Wählerinnen und Wähler beeinflusst.

### DIE GROKO HAT WOHNUNGSPOLITIK NICHT VERSTANDEN

Wohnen ist eines der Top-Themen der Innenpolitik in dieser Wahlperiode. Für uns Grüne ist es außerdem eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. Denn wenn Menschen aus ihren Wohnungen raussaniert werden, wenn Notunterkünfte speziell für Familien mit Kindern eröffnen müssen, wenn immer mehr Berufstätige mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, stimmt etwas grundlegend nicht. Es geht hier um nichts weniger als um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die neue alte Große Koalition hat das leider noch immer nicht verstanden. Horst Seehofer als zuständiger Minister irrlichtert in der Bau- und Wohnungspolitik von einer falschen Initiative zur nächsten und auch aus dem SPD-geführten Justizministerium kam bisher kein

großer Wurf im Mietrecht zustande. Statt sich der Probleme auf den Wohnungsmärkten und den Sorgen der Mieterinnen und Mieter im Land wirklich anzunehmen, glänzt die Große Koalition mit unsinnigen Vorschlägen und Gesetzen. Sie verpulvert 10 Milliarden für das sogenannte Baukindergeld, das völlig am Bedarf vorbei fördert. Damit wird nicht eine einzige bezahlbare Wohnung mehr gebaut, aber über Mitnahmeeffekte und Baupreissteigerungen noch mehr Geld in diesen ohnehin überhitzten Markt geblasen. Das wird ergänzt durch eine steuerliche Sonder-Abschreibung im Mietwohnungsbau, die das Problem noch weiter verschärfen wird. Dass billig bauen nicht bedeutet, dass auch billig vermietet wird, will die Bundesregierung nicht wahrhaben. Link Rede

Wovor sie ebenso effektiv die Augen verschließt, ist die zunehmende Zahl von Wohnungs- und Obdachlosen in Deutschland. Das Problem hat längst schon die Mittelschicht erreicht, immer häufiger werden ganze Familien aus ihren Wohnungen geräumt – mit traumatischen Folgen für Kinder und Eltern.

Förderung mit der Gießkanne und bewusstes Ignorieren sozialer Probleme – dadurch zeichnet sich die Bau- und Wohnungspolitik dieser Bundesregierung bisher aus.

### NEUE WOHNUNGSGEMEINNÜTZIGKEIT – ÖFFENTLICHES GELD FÜR ÖFFENTLICHE GÜTER

Wir Grüne sind da schon um Meilen weiter. Wir haben mit der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ein Konzept vorgelegt, wie in zehn Jahren eine Million dauerhaft bezahlbarer Wohnungen gebaut werden könnten. Denn die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit war einer der größten wohnungspolitischen Fehlentscheidungen der Nachkriegszeit. Sie ist eine der Hauptursachen für die heutige Mietenexplosion in Deutschland. Durch die

# DIE GROKO HAT WOHNUNGSPOLITIK NICHT VERSTANDEN



gestiegenen Kosten beim Wohngeld und den Kosten der Unterkunft kostet das den Steuerzahler jedes Jahr Milliarden. Statt teure Mieten zu subventionieren, muss die Bundesregierung endlich wieder in dauerhaft sozialgebundene Wohnungen investieren. Die positiven Effekte, die eine Neue Wohngemeinnützigkeit auf den Wohnungsmarkt hätte, haben wir im Herbst durch eine Machbarkeitsstudie (<https://gruenlink.de/1k52>) nachweisen lassen. Die Wohngemeinnützigkeit wird in Kombination mit der sozialen Wohnraumförderung die Mieten deutlich senken. Sie wird außerdem den Niedergang des sozialen Wohnungsbaus durchbrechen. Mit der Gemeinnützigkeit beim Wohnen kann gezielt wieder ein gemeinnütziger Wohnungsbestand aufgebaut werden, dessen Mieten heute und in Zukunft bezahlbar sind.

## **MIETRECHTSNOVELLE – KEIN GROSSER WURF**

Auch die Mietrechtsnovelle, die Katarina Barley kürzlich durchs Parlament brachte, wird die Situation auf den Wohnungsmärkten nicht entlasten. Denn der Gesetzentwurf bleibt sogar noch hinter den Beschlüssen des Wohngipfels zurück. Diese Novelle wird die Mieterinnen und Mieter nicht effektiv vor Mietsteigerungen und Verdrängung schützen. Die Absenkung der Modernisierungsumlage ist zwar eine Verbesserung, aber sie geht noch lange nicht weit genug. Für effektiven Mieterschutz muss sie auf mindestens 6 Prozent abgesenkt und eine Kappungsgrenze von 2 Euro flächendeckend eingeführt werden. Außerdem hat es die Union mal wieder geschafft, eine Verlängerung der Mietpreisbremse zu blockieren. Damit ist der Gesetzentwurf die Abschaffung der Mietpreisbremse durch die Hintertür, denn In den Städten mit dem größten Wohnraumman- gel läuft die Mietpreisbremse in zwei Jahren aus. Offen- sichtlich will die Große Koalition beim Mietrecht nicht

in die gleiche Richtung. Sie verheddert sich im Klein- Klein, statt eine soziale Mietrechtsreform auf den Weg zu bringen. Andere wichtige Themen wie Mietspiegel, Kündigungsschutz, Nebenkosten oder Gewerbemiet- recht wurden bei dieser Novelle nicht berücksichtigt. Wir Grüne wollen das Mietrecht muss grundlegend re- formieren, um die soziale Balance wieder herzustellen.

## **BESTELLERPRINZIP BEIM IMMOBILIENKAUF**

Aber auch für Familien, die eine Immobilie erwerben wollen, haben wir Vorschläge zur finanziellen Entlas- tung gemacht. Oft scheitert ein Immobilienerwerb an den hohen Kaufnebenkosten. Die Maklergebühren in Deutschland liegen weit über dem Durchschnitt, teil- weise müssen Immobilienkäufer mehr als 7 Prozent des Kaufpreises zusätzlich dafür aufbringen. Wir finden al- lerdings, dass es fairer ist, wenn der Makler allein von demjenigen bezahlt wird, der den Auftrag an ihn erteilt. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf für das soge- nannte Bestellerprinzip beim Immobilienerwerb in den Bundestag eingebracht. Es bedeutet ganz einfach: Wer die Leistung bestellt, zahlt sie am Ende auch. Das bringt mehr als ein überflüssiges und Milliarden teures Bau- kindergeld, das die Preise am Markt weiter anheizt. Wir haben den Stein mit unserem Gesetzentwurf ins Rollen gebracht, nun liegt es an der Bundesregierung, die Sache anzupacken.

Wir Grüne nehmen das Thema Wohnen ernst, uns liegen die Menschen und ihr Zuhause und die unterschiedli- chen Formen des Zusammenlebens in unserer Gesell- schaft am Herzen. Wir wollen nicht, dass sich unsere Innenstädte in Ghettos verwandeln. Wir wollen nicht, dass mit dem Zuhause von Menschen spekuliert wird. Denn Wohnen darf keine Ware sein.



# BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE  
UND AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

[WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE](http://WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE)

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 [beate.mueller-gemmeke@bundestag.de](mailto:beate.mueller-gemmeke@bundestag.de)

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen

Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, [beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de](mailto:beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de)

## VON BRÜCKENTEILZEIT, TEILHABECHANCEN UND GRUNDERNEUERTER GRUNDSICHERUNG

**W**enn es um Teilzeit geht, dann geht es in erster Linie um Frauen. Die einen wollen weniger arbeiten, die anderen mehr. Es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es geht um Zeitsouveränität, eigenständige Existenzsicherung und um die Absicherung im Alter. Fakt ist aber: Teilzeitarbeit führt Frauen häufig in die Teilzeitfalle. Denn „einmal Teilzeit“ heißt für sie oft „immer Teilzeit“. Wir fordern daher schon seit Jahren ein echtes Rückkehrrecht zum Vollzeitjob.

### EINE BRÜCKENTEILZEIT MIT VIELEN HÜRDEN

Die Bundesregierung hat eine Brückenteilzeit auf den Weg gebracht. Damit wird es möglich, befristet in Teilzeit zu gehen und nach getaner Teilzeit wieder Vollzeit zu arbeiten. Das hört sich erst einmal gut an – die Probleme aber liegen in den Details. In Brückenteilzeit können nur Beschäftigte gehen, die in Betrieben mit mehr als 45 Beschäftigten arbeiten. Das heißt, viele erwerbstätige Frauen können gar nicht davon profitieren, da sie in „zu kleinen“ Betrieben arbeiten. Das ist eine erste Hürde. Die Arbeitgeber\_innen können den Wunsch nach Brückenteilzeit auch ablehnen, wenn betriebliche Gründe dagegen sprechen. Sie können außerdem ablehnen, wenn bei ihnen 46 bis 200 Beschäftigte arbeiten, und eine bestimmte Anzahl an Beschäftigten schon in Brückenteilzeit ist. Das sind nochmals zwei Hürden. Eine Brückenteilzeit kann auch nur zeitlich begrenzt vereinbart werden und zwar mindestens ein Jahr und maximal 5 Jahre. Weniger geht nicht, mehr auch nicht. Und zwischendurch die Brückenteilzeit verändern, ist gesetzlich auch nicht vorgesehen. Fazit ist also: Die Brückenteilzeit ist viel zu eng und zu starr ausgestaltet und nur wenige werden überhaupt davon profitieren.

Wenn es um die Frauen geht, die bereits in Teilzeit arbeiten und ihre Arbeitszeit verlängern wollen, verändert das Gesetz gar nichts. Und gerade das wäre dringend nötig, denn laut Statistischem Bundesamt wünschen sich 1,3 Millionen Beschäftigte längere Arbeitszeiten – und 967.000 von ihnen sind Frauen.

Grundsätzlich ist es natürlich gut, dass endlich etwas bei der Teilzeit passiert ist. Und doch war das Gesetz nicht mehr als ein erster Schritt und das war uns zu wenig. Es ist ein Gesetz, das viel verspricht, aber nur wenig hält. Nachdem unsere Änderungsanträge abgelehnt wurden, haben wir uns deshalb enthalten.

### SOZIALER ARBEITSMARKT, ABER MIT VERFALLSDATUM

Wir Grüne fordern schon lange einen Sozialen Arbeitsmarkt und gemeint ist damit: geförderte Beschäftigung, Begleitung und Qualifizierung und zwar langfristig und nachhaltig. Denn wir dürfen niemanden alleine lassen und niemanden aufgeben. Alle Menschen brauchen Chancen und Perspektiven.

Weil sich die Langzeitarbeitslosigkeit immer mehr verfestigt, hat sich mit dem Teilhabechancengesetz die Idee des Sozialen Arbeitsmarkts nun endlich auch in der Bundesregierung durchgesetzt. Bei einem Sozialen Arbeitsmarkt müssen aber Ziel und Weg zusammenpassen. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, denn sonst scheitert nicht nur das Instrument, sondern auch die Idee. Und deshalb gab es deutliche Kritik am Gesetz und das zumindest teilweise mit Erfolg. Aufgegeben wurde so beispielsweise, dass sich der Lohnkostenzuschuss nur am Mindestlohn orientieren soll. Jetzt werden auch Tariflöhne akzeptiert. Das war wichtig, denn sonst würden Arbeitgeber\_innen, die fair und nach Tarif bezahlen, benachteiligt. Und das ist auch die Voraussetzung, damit

# VON **BRÜCKENTEILZEIT,** **TEILHABECHANCEN** *UND GRUND-* *ERNEUERTER* **GRUNDSICHERUNG**



die Privatwirtschaft, Kommunen und Beschäftigungsträger ausreichend Arbeitsplätze für den Sozialen Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen. Immerhin etwas Bewegung gab es auch bei der Zielgruppe. Statt sieben Jahre Leistungsbezug, sind es jetzt sechs Jahre bis die Zugangsvoraussetzung zum Sozialen Arbeitsmarkt erreicht ist und es gibt eine Härtefallregelung für Schwerbehinderte und Personen mit Kindern. Das ist uns Grünen dennoch immer noch zu lang. Denn in dieser Zeit verfestigt sich Langzeitarbeitslosigkeit immer weiter – mit all ihren Folgen. Wir Grünen haben deshalb den Änderungsantrag gestellt, dass langzeitarbeitslose Menschen bereits nach vier Jahren Leistungsbezug gefördert werden können. Das wäre wichtig, um den Menschen möglichst frühzeitig neue Chancen zu eröffnen.

Deutliche Kritik haben wir auch beim Thema „Zuweisung“. Auch langzeitarbeitslose Menschen müssen das Recht haben, sich selbstbestimmt und frei für einen Arbeitsplatz zu entscheiden. Integration funktioniert nicht mit Zwang, sondern nur mit Freiwilligkeit. Und das gilt auch für die andere Seite. Kein Betrieb wird sich einfach so einen langzeitarbeitslosen Menschen zuweisen lassen. Mit einem Änderungsantrag haben wir daher eine doppelte Freiwilligkeit gefordert.

Völlig unverständlich ist auch das Verfallsdatum, denn zum 1. Januar 2025 wird das Gesetz gleich wieder außer Kraft gesetzt. Einem Sozialen Arbeitsmarkt, der beendet wird, bevor er überhaupt begonnen hat, konnten wir nicht zustimmen und deshalb haben wir uns enthalten. Wir werden aber an dem Thema dranbleiben und genau hinschauen wie sich das Gesetz entwickelt. Denn es ist Zeit für einen inklusiven Arbeitsmarkt, der nicht mehr ausschließt, sondern die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

## **EIN NEUES SYSTEM DER ARMUTSFESTEN GRUNDSICHERUNG**

Die Bundesregierung hat neue arbeitsmarktpolitische Fakten geschaffen. Fast parallel dazu entwickelte sich bundesweit eine öffentliche Debatte um die Grundsicherung. Den Aufschlag machte Robert Habeck mit einem Debattenbeitrag zum grünen Grundsatzprogramm, in dem er eine neue armutsfeste Grundsicherung vorschlägt mit der Überschrift "Anreiz statt Sanktionen, bedarfsgerecht und bedingungslos".

Auch wir in der Bundestagsfraktion haben einen Diskussionsprozess beschlossen. Ziel der Debatte ist, Hartz IV zu überwinden und durch ein neues, konsistentes System der Garantiesicherung für alle zu ersetzen, welches die Würde der Menschen und ihre sozialen Rechte in den Mittelpunkt stellt als sanktionsfreie, individuelle Leistung, ohne Stigmatisierung und bürokratische Gängelung. Um hier richtig einen Schritt weiterzukommen, werden wir im Arbeitskreis 1 verschiedene Ansätze ergebnisoffen prüfen und diskutieren. Wir werden uns mit der Höhe eines soziokulturellen Existenzminimums beschäftigen, mit positiven Erwerbsanreizen und ebenso mit der Frage, ob ein Konzept einer negativen Einkommenssteuer die soziale Absicherung unbürokratisch garantieren kann. Es wird auch darum gehen, wie wir die Beratungs- und Betreuungskultur in den Jobcentern verbessern und Augenhöhe herstellen können, denn wir wollen passgenaue Hilfen und Qualifizierungsangebote garantieren, die individuell auf die Erwerbslosen zugeschnitten sind.

Die Debatte wird spannend und sie ist vor allem auch wichtig, denn wir brauchen ein neues Versprechen für eine verlässliche soziale Sicherheit. Wir dürfen die Menschen in Zeiten von zunehmender Digitalisierung und Globalisierung nicht alleine lassen. Wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder stärken.



# CEM ÖZDEMİR

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES  
FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78, 70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 65 83 29 00, Fax 0711 / 65 83 29 01, cem.oezdemir.wk@bundestag.de

## VERKEHRSWENDE GESTALTEN MEHR TEMPO BEI INNOVATIONEN, WERTSCHÖPFUNG UND KLIMASCHUTZ

Über fehlende Aufmerksamkeit kann sich die Verkehrspolitik zurzeit sowieso nicht beklagen: Wir schreiben das vierte Jahr des Abgasskandals und in der Hauptstadt sorgen Fahrverbote, die Verunsicherung der Dieselfahrer, aber auch die schlechten Nachrichten in Sachen Bahn für ordentlich Druck im Kessel. Am stärksten aber spüren die Städte und Regionen den Veränderungsdruck. Vor Ort geht es um saubere Luft, aber auch um die Frage nach einer gerechten (Neu-) Aufteilung des öffentlichen Raums. In ländlicheren Regionen geht es auch um die Frage, wie man schnell, zuverlässig und günstig von A nach B kommen kann, wenn man selbst kein Auto hat oder dieses gerne mal stehen lassen möchte. Bei Dieselfahrern kommt noch die Sorge hinzu, dass man das Auto vielleicht bald sogar stehen lassen muss, weil es nicht hält, was der Hersteller verspricht, und in einigen Städten Fahrverbote drohen. Und statt den Verbrauchern die Verunsicherung zu nehmen, beauftragt das Bundesverkehrsministerium lieber das Kraftfahrt-Bundesamt damit, Werbung zum Autokauf an betroffene Dieselfahrer zu versenden. Wirklich Sorgen macht mir dabei, dass die Bürger das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik verlieren, wenn die Bundesregierung nach über drei Jahren Abgasskandal und wirkungsloser Gipfeleritis immer noch die Interessen der Autobosse höher gewichtet als die der betrogenen Autofahrer und saubere Luft. Das schadet dem Ansehen der Politik und dem Label Made in Germany gleichermaßen.

## VERKEHRSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Zwei Nachrichten der letzten Wochen stehen für mich beispielhaft für die verkehrspolitischen Versäumnisse der letzten Jahre und die aktuellen Herausforderungen: Das Handelsblatt berichtete, dass der Elektro-Pionier

Tesla an der Börse an BMW vorbeigezogen ist. In den USA ist Tesla bereits der wertvollste Autohersteller – vor amerikanischen Traditionsmarken wie General Motors, Ford oder Fiat-Chrysler. Wenige Tage vorher sendeten die heute-Nachrichten Meldungen über Rekordspritpreise an deutschen Tankstellen im West- und Süddeutschland, ursächlich dafür: Das dürrebedingte Niedrigwasser auf dem Rhein und damit die Transportausfälle in der Binnenschifffahrt. Allein mit Verkehrsmitteln, mit denen wir uns immer weiter in Klimakrise, Staus und Dauersmog manövrieren, kommen wir nicht voran. Und nicht nur das, wir setzen auch die Konkurrenz- und Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts und damit viele Jobs aufs Spiel, wenn wir bei den neuen Technologien nicht ganz vorne mitmischen. Höchste Zeit für die Verkehrswende. Meine Vision ist, dass wir auch in Zukunft genauso mobil sein werden wie heute, allerdings auf andere Weise: CO2-frei, mit weniger Lärm, weniger Stress und mehr Lebensqualität für Pendlerinnen und Pendler. Den Schwung der Digitalisierung nutzen wir, um unseren Mobilitätsmix individuell auf unsere Ansprüche abzustimmen. Um das in der jeweiligen Situation am besten geeignete Verkehrsmittel auszuwählen und Bahn, Rad, Bus, Auto und was da in Zukunft noch kommen mag passgenau zu kombinieren. Und wenn Autos künftig emissionsarm, vernetzt und zunehmend automatisiert fahren, dabei geteilt und dadurch effizienter genutzt werden, geht auch die Autodichte auf den Straßen zurück und es profitieren nicht nur Radfahrer, sondern auch alle, die weiterhin auf ein eigenes Auto angewiesen sind.

## DEN RICHTIGEN RAHMEN SETZEN

Was noch fehlt, ist eine Verkehrspolitik, die den zukunftsweisenden Rahmen dafür setzt. Eher heimlich, still und leise hat die Bundesregierung im September die „Nationale Plattform Zukunft der Mobilität (NPM)“ ausgerufen, inklusive sechs Arbeitsgruppen, einem Len-

# VERKEHRSWENDE GESTALTEN

## MEHR TEMPO BEI INNOVATIONEN, WERTSCHÖPFUNG UND KLIMASCHUTZ

kungskreis und einer beratenden Kommission. Einer Sonderaufgabe kommt dabei der Arbeitsgruppe 1 zu: Union und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, dass diese Arbeitsgruppe bis zum Ende des Jahres aufzeigen soll, wie die Klimaschutzziele im Verkehrssektor, also eine Reduktion der verkehrsbedingten Klimagase um 42–40 Prozent bis 2030, erreicht werden können.

Zusammen mit Annalena Baerbock und Toni Hofreiter habe ich in unserem Autorenpapier „Tempo machen für Innovationen, Wertschöpfung und Klimaschutz“ Voraussetzungen benannt, die erfüllt sein müssen, damit die Plattform ihre Aufgabe erfüllen kann. Entwicklungen wie automatisiertes Fahren, emissionsfreie Mobilität, Sharing Economy und Mobilitätsplattformen, aber auch verpflichtende Vorgaben bei Luftreinhaltung und Klimaschutz sind Herausforderungen für das traditionelle Geschäftsmodell unserer Autohersteller. Aufgabe der Politik muss nun sein, einen Rahmen zu schaffen, der Unternehmen wie Verbrauchern Planungssicherheit gewährt und das Zieldreieck mit den Eckpunkten ambitionierter Klima- und Umweltschutz, eine zukunftsfähigen, innovative und wettbewerbsfähige Industrie und dem Erhalt von Arbeitsplätzen löst.

**TRANSFORMATION GEMEINSAM ANGEHEN** Gerade in einer Zeit, in der wir es im Bundestag und auch in meinem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur mit rechten Populisten und Klimaleugnern zu tun haben, ist es entscheidend, die positiven Verknüpfungen dieser drei Eckpunkte herauszuarbeiten und zu verdeutlichen, dass gut gemachte Klimaschutzpolitik auch ein Motor für Wettbewerbsfähigkeit und Jobs ist. Verkehrswende verläuft auch disruptiv, das heißt, nicht alles verläuft auf altbekannten Pfaden oder geht über die Optimierung bestehender Technologien. Mit Blick auf Arbeitsplätze und Wertschöpfung ist es daher aber umso wichtiger, dass die Politik möglichst frühzeitig für

Planungssicherheit und einen verlässlichen Innovationsrahmen sorgt. Vor allem darf die Politik nicht den Fehler machen, auf die zu hören, die behaupten, alles könne so bleiben, wie es einmal war.

Dabei wird schnell klar, dass die notwendige Transformation keine Sache ist, die man mit 51 zu 49 Prozent entscheiden sollte. Es geht auch nicht allein ums Auto, sondern um die Verkehrswende als Teil der aktuellen industriellen und gesellschaftlichen Transformation, um eine Richtungsentscheidung vergleichbar mit dem Atomausstieg. Der zu erarbeitende Konsens muss länger halten als eine Legislaturperiode, denn es handelt sich eben nicht um ein weiteres Verkehrsprojekt eines einzelnen Ministers. Umso schwerwiegender ist es, dass Verkehrsminister Scheuer nicht über seinen Schatten springen konnte und die Einbindung der Opposition im Bundestag ebenso verhindert hat wie eine echte Beteiligung der Länder.

### RAUM FÜR MOBILITÄTSINNOVATIONEN UND NEUE GESCHÄFTSMODELLE

Wenn wir über die Verkehrswende reden, haben wir Grüne die gesamte Bandbreite von Mobilität im Blick. Das geht von Rad, Bus, Bahn und Fußverkehr über das Auto zu neuen Mikromobilitätsangeboten wie zum Beispiel Hoverboards, E-Tretroller und E-Skateboards bis hin zu Innovationen wie automatisiertem Fahren oder Sharing-Diensten. Auch die nationale Plattform muss die gesamte Verkehrswende im Blick haben und Innovationen und neue Geschäftsmodelle unterstützen, aber auch eindeutige ökologische und gesellschaftliche Leitplanken setzen. Schließlich macht es einen riesigen Unterschied, ob ein selbstfahrender SUV losgeschickt wird, um mal eben eine Pizza zu holen, oder ob wir das autonome Fahren nutzen, um ländliche Regionen wieder anzubinden, die Teilhabe von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu stärken und für mehr Sicherheit im Verkehr zu sorgen.



# DR. GERHARD SCHICK

WWW.GERHARDSCHICK.NET

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.schick@bundestag.de

**WAHLKREISBÜRO Kaiserring 38, 68169 Mannheim**

Tel. 0621 / 401 72 52, Fax 0621 / 401 84 69, gerhard.schick@wk2.bundestag.de

## FÜR EINE WIRTSCHAFT, DIE DEN MENSCHEN DIENT

In wenigen Tagen lege ich mein Mandat nieder und beende damit meine 13 Jahre währende Tätigkeit im Deutschen Bundestag. Und da Abgeordneter sein nicht einfach nur ein Job ist, endet damit auch ein Lebensabschnitt, dem ich viel zu verdanken habe. Im Herbst 2005 wurde ich erstmals in den Bundestag gewählt und merkte schnell, dass die grüne Bundestagsfraktion kein Ponyhof ist. Statt der angestrebten Rolle als wirtschaftspolitischer Sprecher oder in der Steuerpolitik bekam ich das Thema Finanzmärkte. Nach kurzem Frust merkte ich, wieviel da politisch zu machen ist – bessere Regeln für Verbraucherinnen und Verbraucher, mehr grüne Investitionen, mehr Stabilität eines fragilen Systems.

Mit Ausbruch der Finanzkrise 2007 wurde allgemein deutlich, dass Finanzmärkte ein spannendes Thema sind. Mir wurde klar, wie groß die Gefahr ist, dass diese Krise wie die Weltfinanzkrise in den 1930er Jahren dramatische Folgen weit über den Finanzsektor hinaus haben könnte. So legte ich mich ins Zeug für eine Aufarbeitung der Ursachen, für echte Finanzmarktreformen, für eine faire Lastenverteilung in der Krise.

### GRÜNE FINANZPOLITIK

2008 brach die Münchner Hypo Real Estate (HRE) zusammen und der Bund musste Risiken von knapp 200 Milliarden Euro übernehmen. Allein hier bleibt der Steuerzahler vermutlich auf einem Schaden von mindestens 20 Milliarden Euro sitzen. Die verantwortlichen Banker bestritten die Anschuldigungen der Bilanzfälschung. Nach Strafzahlung von 43.000 Euro oder 0,00000022 Prozent des verursachten Schadens wurde

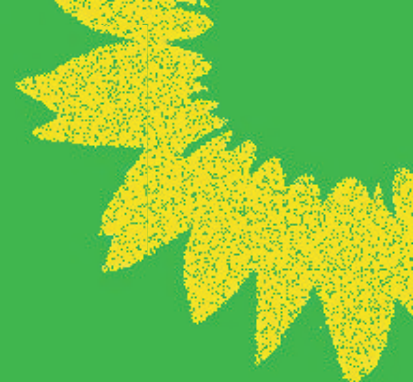
das Verfahren gegen sie eingestellt. Unsere Arbeit im Untersuchungsausschuss förderte etliche Versäumnisse der Bundesregierung bei der Bankenrettung zu Tage, die hoffentlich helfen werden, solche kostspieligen Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Zudem kämpften wir erfolgreich für eine bessere Refinanzierung der HRE-Altlasten und sorgten so für eine geringere Schadenssumme. Weil die Bundesregierung unseren Vorschlag verspätet aufgriff, wurden allerdings erstmal weitere 180 Millionen Euro unnötig ausgegeben.

Ein weiterer Grüner Erfolg ist die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle. So stellten wir 2010 der Regierung Fragen zur Arbeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen, doch die Regierung hatte kein Interesse, ihre Versäumnisse vor und während der Finanzkrise aufzuarbeiten. Wir zogen vor das Bundesverfassungsgericht um die nötigen Informationen zu bekommen. Das Gericht gab uns Recht und zwingt die Regierung damit zu mehr Transparenz.

Unmittelbar nach der Lehman-Pleite 2008 entwickelte ich mit Reinhard Bütikofer und Sven Giegold den Green New Deal als Antwort auf die Finanzkrise. Er sollte Finanzmarktreformen verbinden mit einer Investitionsoffensive zum sozialökologischen Umbau unserer Wirtschaft und einem neuen sozialen Ausgleich. Wir bekamen sehr positive Resonanz in der Partei und der Öffentlichkeit. Der Europawahlkampf 2009 stellte den Green New Deal in den Mittelpunkt (Ihr erinnert Euch: „WUMS“).

Doch mit dem Beginn der Eurokrise ging es kaum noch um die Regulierung der Banken und eine grundlegende Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei wäre es gerade für Europa wichtig gewesen, eine gemeinsame kraftvolle Antwort auf Überschuldung, auf

# FÜR EINE WIRTSCHAFT, DIE DEN MENSCHEN DIENT



Massenarbeitslosigkeit und Bankenpleiten zu geben. Es gehört zu den traurigen Erfahrungen, dass es uns nicht gelungen ist, die nationale Aufladung der Diskussion zu verhindern und die herrschende fiskalistische Sicht zu überwinden. Bei diesen Fragen fiel es mir schwer, der Mehrheitsmeinung in der Fraktion zu folgen, manchmal stimmte ich anders ab. Warum soll die Bankenrettung, die in Deutschland falsch war, plötzlich in Europa richtig sein?

Sehr dankbar bin ich, dass mich die grüne Bundestagsfraktion bei der Aufklärung von Cum-Ex unterstützt hat und wir gemeinsam einen Untersuchungsausschuss auf den Weg bringen konnten. So konnte der Bundestag das Behördenversagen bei Cum-Ex aufarbeiten und dazu beitragen, dass ein weiterer Steuertrick – Cum-Cum – geschlossen wurde. Zuvor waren durch diese Geschäfte jährlich bis zu 5 Milliarden Euro für den Steuerzahler verloren gegangen. Auf dieses Ergebnis bin ich schon ein bisschen stolz. Leider hat die Bundesregierung bis zum heutigen Tage versäumt, die strukturellen Probleme zu überwinden, die es ermöglichten, dass dieser Betrug so lange unentdeckt blieb und dadurch zu einem sehr großen Schaden für den Steuerzahler führte. So besteht die Gefahr, dass erneut betrügerische Geschäfte zu großem Schaden für uns Steuerzahlerinnen und Steuerzahler führen. Und wer zahlt schon gerne Steuern, wenn die dann einfach mal so an Betrüger abfließen?

## FINANZWENDE GEMEINSAM ANPACKEN

Viele haben mich gefragt, warum ich denn den Bundestag nur verlasse. Das ist schnell erzählt: Mit einer Reihe von Mitstreiterinnen und Mitstreitern haben wir in Vorbereitung des 10. Jahrestags der Pleite von Lehman Brothers festgestellt, dass wir die zentralen Ziele nicht

erreicht haben: Die Finanzkrise ist nicht wirklich überwunden, sondern kann wie eine verschleppte Krankheit jederzeit erneut ausbrechen. Die Finanzmärkte sind immer noch ein Hort von betrügerischen Geschäften und verzerren andere Märkte, zurzeit etwa den deutschen Immobilienmarkt. Immer dann, wenn die Regulierung wirklich die problematischen Geschäftsmodelle verändert hätte, gelang es der Finanzlobby, die Reformen auszubremsen.

So beschlossen wir, ein zivilgesellschaftliches Gegengewicht zur mächtigen Finanzlobby zu bilden, die Bürgerbewegung Finanzwende. Das Spektrum der Gründungsmitglieder reicht vom Wirtschaftsprofessor bis zum Klimaaktivisten, vom Gewerkschafter bis zum Unternehmer, vom Anwalt bis zum Verbraucherschützer, auch Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ist dabei. Uns eint die Analyse, dass uns die Finanzwirtschaft über den Kopf gewachsen ist. Und so wollen wir gemeinsam für eine Finanzwende kämpfen. Konkret bedeutet dies, dass wir zu Finanzmarkthemen in Form von Kampagnen mobilisieren und, wenn wir den entsprechenden rechtlichen Status erreicht haben, auch über den Rechtsweg für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Finanzindustrie eintreten. Unser Arbeitsschwerpunkt liegt dabei stets auf der deutschen Finanzpolitik, bettet sich jedoch in ein europaweites Netzwerk ein.

Weil die Aufgabe, diese neue NGO aufzubauen nicht mit meiner Arbeit im Bundestag zu vereinbaren ist, musste ich mich entscheiden. Und ich glaube, der Finanzlobby endlich etwas Kraftvolles entgegenzusetzen, ist eine sehr wichtige Aufgabe, der ich mich ab Januar mit voller Kraft widmen will. Ich würde mich freuen, wenn sich viele von Euch unserem Anliegen anschließen würden und wir so auch in Kontakt bleiben. Wie?

Das erfahrt Ihr unter [www.finanzwende.de](http://www.finanzwende.de)



# MARGIT STUMPP

SPRECHERIN FÜR BILDUNGS- UND MEDIENPOLITIK & DIGITALE INFRASTRUKTUR

[WWW.MARGIT-STUMPP.DE](http://WWW.MARGIT-STUMPP.DE) Tel. 030 / 227-77236, [margit.stumpp@bundestag.de](mailto:margit.stumpp@bundestag.de)

**WAHLKREISBÜROS** 1. Schnaitheimer Str. 40, 89520 Heidenheim an der Brenz,  
Tel. 07321 / 3530924, [margit.stumpp.ma03@bundestag.de](mailto:margit.stumpp.ma03@bundestag.de)

2. Umwelthaus Aalen, Gmünder Str. 9, 73430 Aalen, Tel. 0151 / 50768901,  
[margit.stumpp.ma05@bundestag.de](mailto:margit.stumpp.ma05@bundestag.de)

## GUTE BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE

In Deutschland sind Bildungschancen noch immer ungerecht verteilt, das Elternhaus entscheidet maßgeblich über den Bildungserfolg. Der Nationale Bildungsbericht bestätigt das eindrücklich und war Anlass für mich, mit einem Antrag die Bundesregierung aufzufordern, für Chancengerechtigkeit zu sorgen: So sollen endlich sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in Bildung fließen, die Inklusion und Integration verbessert, der Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich entschieden angegangen und die Schulen fürs digitale Zeitalter ertüchtigt werden, damit die Kinder und Jugendliche auf die Welt von morgen vorbereitet sind. Ich setze mich für gute Bildung für alle ein. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam ihre Verantwortung übernehmen. Dafür haben wir gerade gemeinsam mit Union, SPD und FDP das Kooperationsverbot gelockert, um unter anderem den Digitalpakt Schule oder später ein Ganztagschulprogramm nach rot-grünem Vorbild zu realisieren. Der Bund darf, unter der Voraussetzung, dass die Länder zustimmen, auch in Köpfe, also Personal, und nicht nur in Kabel und Beton investieren. Das ist ein großer Erfolg mit deutlich grünem Stempel.

In den Verhandlungen für den Bundeshaushalt 2019 waren mir zwei Punkte besonders wichtig. Zum einen eine Bildungsoffensive für den Ganztag: Zahlreiche Studien belegen, dass Bildungsverläufe durch den Besuch von Ganztagschulen positiv beeinflusst werden. Dafür muss es genügend Plätze sowie Ressourcen geben. Eltern müssen sich auf die ganztägige Bildung und Betreuung verlassen können.

Zum zweiten bin ich eingetreten für ein Aufholprogramm für Schulen in benachteiligten Quartiere. Insbesondere diese Schulen brauchen mehr Unterstützung, um allen Schüler\*innen bestmögliche Lernbedingungen und individuelle Förderung ermöglichen zu können.

Bund und Länder sollen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass sich sogenannte „Brennpunktschulen“ in Modelle für Integration und Bildungsgerechtigkeit wandeln können. Wir brauchen die besten Schulen dort, wo wir die größten sozialen Ungleichheiten haben.

## WIR FORDERN EINE #INTERNETGARANTIE

Im Jahr 2013 versprach die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD flächendeckendes Internet mit 50 Megabit pro Sekunde bis zum Jahr 2018. Dieses Versprechen hat sie gebrochen. Rund fünf Millionen Haushalte surfen oder besser: dümpeln immer noch im Schnecken-tempo. Die Regierung verspricht einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet erst ab 2025. Schnelle Internetzugänge gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. In unserem Antrag „Breitband für alle – Digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen“ fordern wir eine Internet-Garantie für alle ab 2019 mittels Universaldienst und bereits vorhandener Regelungen im Telekommunikationsgesetz.

Der Mittelabfluss für realisierte Breitbandprojekte liegt im Promillebereich der Fördersumme von 3,5 Milliarden Euro. Offensichtlich dient die Breitbandförderung der Umsatzsicherung der Deutschen Telekom. Sie lässt unterversorgte Gebiete übrig, torpediert durch Überbau und gezielte Abwerbung kommunale Ausbauprojekte und erhält obendrein einen Löwenanteil der öffentlich geförderte Aufträge.

## ZU WENIG SCHULEN MIT GLASFASERANSCHLUSS

Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur konnte auf Anfrage keine Auskunft zur Anzahl der noch anzubindenden Schulen geben, geschweige denn zu den Kosten. Eine Zusammenarbeit von Bildungsministerin Anja Karliczek und Infrastrukturminister Scheuer scheint nicht statt zu finden. Die Anzahl der bisher mit Glasfaser versorgten Schulen stagniert auf niedrigem

# GUTE BILDUNGSSCHANCEN FÜR ALLE



Niveau. Letztendlich nutzt die Anbindung der Schulen ohne ausreichend Binneninfrastruktur, Medien, Endgeräte und entsprechender Kompetenz wenig. Auch bei den laufenden Kosten bleiben die Schulträger auf sich allein gestellt.

## **STRASSE VOR SCHIENE BEIM MOBILFUNK**

Von den Vergabekriterien für die 5G-Frequenzen profitieren vor allem das Oligopol der aktuellen Netzanbieter und die Automobilindustrie. Der Ausbau des Mobilfunkstandards 5G entlang von Bahnstrecken wird zweitrangig behandelt. Die für die Erreichung der Klimaziele so wichtige Verkehrswende wird so weiter erschwert. Unsere Forderungen nach einer Verpflichtung der Anbieter zum National Roaming sowie nach einer Diensteanbieterverpflichtung wurden ignoriert. Damit werden sich die Marktchancen für neue Akteure im Mobilfunk leider nicht verbessern. Die Zeche für das mutlose Agieren zahlen die Verbraucher\*innen mit weiterhin teuren Mobilfunkverträgen und mit einer unzureichenden Flächendeckung.

## **SCHUTZ VON JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN**

2017 gab es einen fraktionsübergreifenden Beschluss des Bundestags, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, sich auf internationaler Ebene für eine\*n UN-Sonderbeauftragte\*n zum Schutz von Journalist\*innen einzusetzen. Seitdem hat sich dazu kein Minister der Bundesregierung geschwiegen denn die Kanzlerin öffentlich geäußert. Vor der UN-Generalversammlung in New York im September habe ich mit weiteren Abgeordneten einen Offenen Brief an Bundesaußenminister Heiko Maas geschrieben (<https://gruenlink.de/1k53>). Darin forderten wir, dass sich der Außenminister bei dieser Gelegenheit endlich öffentlich für das Anliegen ausspricht. Maas ließ diese Gelegenheit verstreichen und schickte uns Wochen spä-

ter eine Antwort, in der er die Wichtigkeit des Vorhabens betont. Grotesk!

In der Türkei ist die Lage der Pressefreiheit, wie leider in vielen anderen Ländern auch, katastrophal. Kein anderes Land inhaftiert so viele Journalist\*innen. Auch die Neu-Ulmer Journalistin Meşale Tolu und ihr Mann Suat Çorlu waren mehrere Monate in Haft. Sie sind wieder in Deutschland, aber der Prozess gegen sie läuft weiter. Damit den türkischen Behörden klar ist, dass ihr Handeln kritisch beobachtet wird, ist die Anwesenheit von ausländischen Prozessbeobachter\*innen wichtig. Deshalb war ich im Oktober zur Beobachtung dieses Prozesses in Istanbul und werde auch beim nächsten Prozesstag im Januar von Ort sein.

## **MEDIENKOMPETENZ FÜR DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHE DISKURSE**

Medienkompetenz, also der selbstbestimmte und souveräne Umgang mit Medien, ist eine Schlüsselkompetenz in unserer digitalen Gesellschaft. Im Internet laufen wir immer häufiger Gefahr, mit Falschnachrichten, Desinformation und Hassrede konfrontiert zu werden. Wie kann dieser Entwicklung begegnet werden? Zum einen ist da die strafrechtliche Verfolgung von rechtswidrigen Inhalten im Netz. Das Netzdurchsetzungsgesetz ist da nur ein erster Schritt. Darüber hinaus kommt dem sog. Fact Checking, eine wichtige Rolle zu. Falschnachrichten können so möglichst schnell identifiziert und richtiggestellt werden. Die wichtigste Maßnahme ist meiner Ansicht jedoch die Stärkung der Medienkompetenz. Leider tut die Bundesregierung hier viel zu wenig. Lediglich die Initiative „Ein Netz für Kinder“ zum Erlernen des Umgangs mit dem Internet wird jährlich mit einer Million Euro gefördert. Es braucht jedoch eine altersübergreifende Gesamtstrategie. In den Beratungen zum Bundeshaushalt 2019 habe ich das und eine Erhöhung der Mittel gefordert.

**BETREUUNGSWAHLKREISE**

|                                 |                              |
|---------------------------------|------------------------------|
| <b>AALEN/ELLWANGEN</b>          | Margit Stumpp                |
| <b>ALB-DONAU</b>                | Margit Stumpp                |
| <b>BIBERACH</b>                 | Agnieszka Brugger            |
| <b>BODENSEEKREIS</b>            | Agnieszka Brugger            |
| <b>BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD</b> | Matthias Gastel              |
| <b>BÖBLINGEN</b>                | Kerstin Andreae              |
| <b>CALW</b>                     | Anna Christmann              |
| <b>EMMENDINGEN</b>              | Kerstin Andreae              |
| <b>ESSLINGEN</b>                | Matthias Gastel              |
| <b>ETTLINGEN</b>                | Sylvia Kotting-Uhl           |
| <b>FREIBURG</b>                 | Kerstin Andreae              |
| <b>FREUDENSTADT</b>             | Beate Müller-Gemmeke         |
| <b>GÖPPINGEN</b>                | Matthias Gastel              |
| <b>HEIDELBERG</b>               | Franziska Brantner           |
| <b>HEIDENHEIM</b>               | Margit Stumpp                |
| <b>HEILBRONN</b>                | Gerhard Schick               |
| <b>HOHENLOHE</b>                | Harald Ebner                 |
| <b>KARLSRUHE</b>                | Sylvia Kotting-Uhl           |
| <b>KARLSRUHE/LAND</b>           | Danyal Bayaz                 |
| <b>KONSTANZ</b>                 | Matthias Gastel              |
| <b>KURPFALZ-HARDT</b>           | Danyal Bayaz                 |
| <b>LÖRRACH</b>                  | Kerstin Andreae              |
| <b>LUDWIGSBURG</b>              | Cem Özdemir                  |
| <b>MAIN-TAUBER</b>              | Harald Ebner                 |
| <b>MANNHEIM</b>                 | Gerhard Schick               |
| <b>NECKAR-ODENWALD</b>          | Franziska Brantner           |
| <b>NECKAR-BERGSTRASSE</b>       | Franziska Brantner           |
| <b>ODENWALD-KRAICHGAU</b>       | Danyal Bayaz                 |
| <b>ORTENAU</b>                  | Sylvia Kotting-Uhl           |
| <b>PFORZHEIM/ENZKREIS</b>       | Gerhard Schick               |
| <b>RASTATT/BADEN-BADEN</b>      | Sylvia Kotting-Uhl           |
| <b>RAVENSBURG</b>               | Agnieszka Brugger            |
| <b>REMS-MURR</b>                | Anna Christmann              |
| <b>REUTLINGEN</b>               | Beate Müller-Gemmeke         |
| <b>ROTTWEIL</b>                 | Beate Müller-Gemmeke         |
| <b>SCHWÄBISCH GMUND</b>         | Harald Ebner                 |
| <b>SCHWÄBISCH HALL</b>          | Harald Ebner                 |
| <b>SCHWARZWALD-BAAR</b>         | Chris Kühn                   |
| <b>SIGMARINGEN</b>              | Chris Kühn                   |
| <b>STUTTGART</b>                | Anna Christmann, Cem Özdemir |
| <b>TÜBINGEN</b>                 | Chris Kühn                   |
| <b>TUTTLINGEN</b>               | Beate Müller-Gemmeke         |
| <b>ULM</b>                      | Margit Stumpp                |
| <b>WALDSHUT</b>                 | Sylvia Kotting-Uhl           |
| <b>WANGEN</b>                   | Agnieszka Brugger            |
| <b>ZOLLERNALB</b>               | Chris Kühn                   |

**SÜDWESTGRÜN** erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

**SÜDWESTGRÜN** wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün“ an [harald.ebner@bundestag.de](mailto:harald.ebner@bundestag.de). Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse!

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden- Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“. Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir ja leider nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für eurem Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer aktuell unter **[WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE](http://WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE)**

**IMPRESSUM**

V.i.S.d.P.: Harald Ebner, MdB (Landesgruppensprecher)  
 Redaktion & Gestaltung: Sönke Guttenberg  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
 Tel. 030 / 227 73025  
 Fax 030 / 227 76025  
[harald.ebner@bundestag.de](mailto:harald.ebner@bundestag.de)